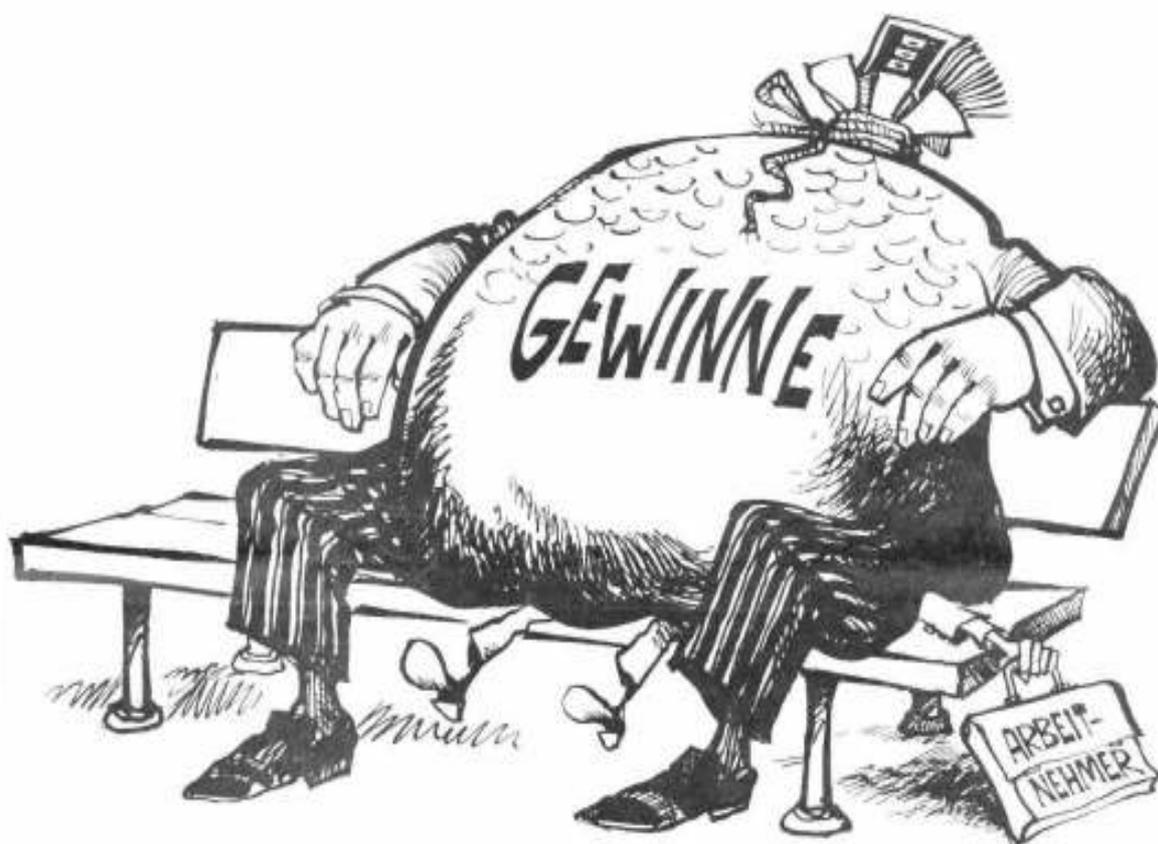


Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER STERN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten
44. Jahrgang * PF 35 11 02 in 39034 Magdeburg * Nr.3/2010 1,- Euro
www.kpd-ml.org bzw. kontakt@kpd-ml.org



—KARİKATUR HATZINGER

Aus dem Inhalt:

Jagd nach Höchstprofiten vernichtet Arbeitsplätze.....	2	Erfolgreiches Seminar zum Aufbau einer kommunistischen Partei.....	15-16
“Warum lassen sich die Arbeiter erpressen?” ...	3-4	Die Demagogen.....	17
LÜGENPACK! (Vorgeschichte Stuttgart 21).....	5	20 Jahre Anschluß.....	18
Heldenstadt 2010: Stuttgart.....	6-7	Revisionistische Politik: Das Ende der DDR..	19-21
Mit 67 Jahren in Rente.....	8-11	Was wissen Sie über die DDR?.....	22
Solidarität mit der Bevölkerung Haitis.....	12	Aufruf zum Gedenken an Rosa und Karl.....	23
Umfrageergebnis: “Gesellschaftsordnung hat sich nicht bewährt.....	13-14	Erinnerungen an Irma Gabel-Thälmann.....	24-25
		Kommentar zu Sarrazin.....	26
		Intelligenz - angeboren oder erworben.....	27-30

Datteln:

Jagd nach Höchstprofiten vernichtet 110 Arbeitsplätze

“Papa, das müßt’ verboten sein, daß Arbeitsplätze wandern...”

Daß “rote Zahlen” von den Kapitalisten dazu benutzt werden, um die Arbeiterinnen und Arbeiter zu allem möglichen Verzicht bis hin zur Arbeitsplatzvernichtung zu mobben, ist bekannt. Da könnte man ja dann meinen, “schwarze Zahlen” schützten vor so etwas...

“You tell us, what you want - EVERTS Ballons will do the rest!” (Sagen Sie uns, was Sie wünschen - EVERTS Ballons macht den Rest!) Mit diesem Spruch wirbt die Firma Everts Ballons aus bisher Datten in NRW im Internet. “Deutschlands einziger Hersteller von Luftballons und Ballon “Dienstleister” Nummer 1 in Europa... mit jahrzehntelangem Know-how.”

300 Beschäftigte produzierten 1,2 Milliarden Ballons der “höchsten Qualität”. Everts ist/war die einzige Ballonfabrik in Deutschland. Sie beschäftigte im August 2010 noch 110 Arbeiterinnen und Arbeiter.

Im Jahr 1997 stand EVERTS kurz vor dem Aus. Der Betrieb wurde von der C. Riethmüller GmbH in Kirchheim/Teck übernommen. Unter dem alten Firmennamen wurde weiterproduziert mit soliden Umsätzen. Letzter Jahresumsatz z.B.: 14 Millionen Euro. Die Beschäftigten, vor allem die “Langgedienten”, hatten sich aufgrund der guten Geschäftsbilanzen auf der sicheren Seite gesehen.

Doch Ende August 2010 platzte der schöne Ballon - “EVERTS Ballons machte den Rest.”

Auf einer außerordentlichen Belegschaftsversammlung erfuhren die Arbeiterinnen und Arbeiter, daß die Firma EVERTS spätestens am 28. Februar geschlossen wird. Der Standort Datteln - einziger Ballonhersteller in Deutschland, Nr. 1 in Europa - soll aufgegeben werden. Als Ausrede wurde vorgebracht: Das Umfeld für die Everts Ballon GmbH sei extrem schwierig auf Grund drastisch gestiegener Latexpreise und einer eingeschränkten Verfügbarkeit des Materials. Das leuchtet ein - wenn kein oder zu wenig Material verfügbar ist, kann nicht produziert werden. Also muß die Produktion beendet werden - trotz der traurigen Kinderaugen.

Doch weit gefehlt, die Produktion wird nicht beendet. “(Dies (die eingeschränkte Verfügbarkeit - RS) führt zu einer defizitären Produktionsaktivität am deutschen Standort,” erklärte Geschäftsführer Markus Binkowski.

Man ahnt, wie es weitergehen wird: die Produk-

tion der Ballons wird nicht beendet, sondern verlagert - ins Billiglohnland Malaysia, wo die Riethmüller-Gruppe schon eine Anlage betreibt, die nur zu 70 Prozent ausgelastet sei - so Binkowski.

Betroffen von der Schließung in Datteln sind nicht nur die direkt bei EVERTS Beschäftigten; betroffen sind auch eine Druckerei und das Diakonische Werk, in dessen Werkstätten Aufträge für den Ballonhersteller ausgeführt wurden.

Am 20. September protestierten die Beschäftigten mit einer öffentlichen Belegschaftsversammlung vor dem Werkseingang gegen die beabsichtigte Schließung. Hier teilte IG BCE-Bezirksleiter Auerhahn den wütenden Teilnehmern mit, daß EVERTS in den letzten vier Jahren ständig den Gewinn gesteigert habe und zuletzt eine Rendite von 22 Prozent erzielt habe. Die Teilnehmer an der Belegschaftsversammlung brachten ihre Empörung durch schwarze Ballons zum Ausdruck, doch die enthielten wohl nicht einmal heiße Luft... Die Proteste konnten die Schließung nicht verhindern. Der Betriebsrat handelte zusammen mit der IG BCE lediglich einen Sozialplan und eine Abfindung aus. Bereits zum Jahresende 2010 wird die Werbe-Bedruckung von Luftballons eingestellt - am 28. Februar 2011 kommt dann das endgültige Aus. Von da an scheffelt die C. Riethmüller GmbH Geld nicht mehr in Datteln, sondern noch mehr Geld in Malaysia.

Wie hieß er doch noch, der uns schon vor 160 Jahren einreden wollte, die Kapitalisten strebten immer nach einer Profitmaximierung? Karl Marx - der war das doch, oder? Der wird doch nicht etwa Recht gehabt haben?

* * * * *

Auch das noch:

Der Fernsehsender Arte zeigte vor kurzem zwei Dokumentar-Stummfilme des russischen Regisseurs Dziga Vertov aus den Jahren 1926 (Ein Sechstel der Erde) und 1927 (Das elfte Jahr). Sie wurden mit folgender Ansage angekündigt:

“Inhaltlich sind diese Filme Propaganda für die Sowjetunion - formal sind das bahnbrechende Experimente.”

Nicht zu fassen - die Bourgeoisie ist also bereit, sich aus dem bahnbrechenden Experiment Sowjetunion die Rosine Filmtechnik herauszupicken...

Zur Diskussion gestellt:

“Warum lassen sich die Arbeiter erpressen?”

oder

Warum springt Ihr nicht einfach über den Zaun?

Nicht erst seit der weltweiten kapitalistischen Überproduktionskrise führen die Wirtschaftsrosse in Deutschland einen Angriff nach dem anderen auf die Arbeiterklasse durch. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, daß die Kolleginnen und Kollegen, um ihren Arbeitsplatz nicht zu verlieren, zu Zugeständnissen an die Kapitalisten bereit waren und sind - zu Lohnverzicht, unbezahlter Mehrarbeit, weniger Urlaub usw.

Ein Beispiel aus der letzten Zeit ist die Belegschaft der vier Opel-Werke in Deutschland. Sie hat sich der bis einschließlich 2014 geplanten Einbehaltung des ihr tariflich zustehenden Urlaubsgeldes, des Weihnachtsgeldes und der 4,2prozentigen Lohnerhöhung nicht widersetzt, was für jeden Betroffenen eine Einbuße in einem fünfstelligen Euro-Bereich bedeuten wird, außerdem dem Abbau von mehreren tausend Arbeitsplätzen.

Viele sich als links, als sozialistisch bzw. als kommunistisch verstehenden Menschen sind angesichts der nun schon seit vielen Jahren erfolgenden Angriffe der Kapitalisten auf die Lebensmöglichkeiten der Arbeiterklasse enttäuscht darüber, daß es gegen diese Angriffe keinen nennenswerten Widerstand seitens der Betroffenen gibt. Eine häufig gestellte Frage lautet z.B. “Warum übernehmt Ihr nicht einfach den Betrieb?”

Nun, am Beispiel Opel Bochum ist das leicht zu erklären - die Zulieferung der benötigten Lampen aus dem Hella-Werk in Recklinghausen würde sofort gestoppt werden, es sei denn, die Bochumer Opelaner würden auch Hella in Recklinghausen “einfach” übernehmen... Die Lampen sind aber nicht das einzige Zulieferprodukt, da müßten die Bochumer Opelaner außerdem noch einige andere Betriebe “einfach” übernehmen, und das nicht nur in Deutschland...

Es ist eine Tatsache, daß sich die Arbeiter erpressen lassen. Wir bedauern, daß es so ist. Aber: Warum lassen sich die Arbeiter erpressen?

Das ist eine wichtige Frage, die u.E. auf wissenschaftlicher Grundlage gelöst werden muß. Es ist die Aufgabe der Kommunisten, also auch unsere, auf diese Frage die richtige Antwort zu finden.

In einem an fortschrittliche Bochumer Kollegen gerichteten Diskussionsbeitrag zu diesem Thema heißt es: “Die Mehrheit (der Opel-Belegschaft - RS-Red.) ist dafür zu kritisieren, daß sie sich erpressen läßt.”

NEIN!

Wir wiederholen, die erfolgreiche Erpressung nicht nur der Opelaner ist eine bedauerliche Tatsache, aber man kann die Schuld dafür nicht einfach so den Erpreßten zuweisen, sondern die Ursachen müssen wissenschaftlich untersucht werden. Für unmittelbar Betroffene sieht eine Situation oft anders aus als für unbeteiligte Beobachter.

Wir möchten das an einem Beispiel aus einem anderen Gebiet verdeutlichen: vor einigen Jahren besuchten Genossen die Stadt Papenburg im Emsland und dort auch das Informationszentrum über die Moorkaser der Nazis. Im Zentrum gab es ein Modell des Konzentrationslagers, das von überlebenden Häftlingen nachgebaut worden war. Der Betreuer des Zentrums machte die Besucher auf Folgendes aufmerksam: der Zaun um das Lager war im Modell etwa doppelt so hoch wie in Wirklichkeit. Er hatte dafür eine einleuchtende Erklärung: der Zaun war für die Häftlinge das unüberwindbare Hindernis zur Freiheit draußen, sie empfanden ihn daher als höher, als er tatsächlich war. Ein unbeteiligter Betrachter von draußen - mit gutem Überblick - hatte die Möglichkeit zu sehen, daß der Zaun nicht so hoch war. Er hätte dann - in Unkenntnis der konkreten Schwierigkeiten - vorwurfsvoll fragen können:

“Warum springt Ihr nicht einfach über den Zaun?”

Es gibt derzeit zur Wirtschaftskrise zahlreiche Analysen, zum Banken-Crash, zur Immobilienpleite, zur Absatzkrise auf dem Automarkt, zur Euro-Krise, zu allen möglichen Einzel-Facetten der Krise und auch zur Krise insgesamt. Wir un-

terstellen jetzt einmal, alle diese Analysen seinen fundiert und richtig. Dann erhebt sich die Frage: warum ist der Widerstand der Betroffenen - zumindest in Deutschland - so gering?

“Die revolutionäre Theorie wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift.” Diesen Hinweis Lenins möchten wir etwas umformulieren, wir glauben, daß dadurch sein Sinn nicht entstellt wird: “Die revolutionäre Theorie wird zur materiellen Gewalt, wenn die Massen sie ergreifen.” Hieraus geht u.E. eindeutig hervor, daß eine Theorie noch so schön und noch so richtig sein kann - sie ist wirkungslos, so lange sie nicht von den Massen in die Praxis umgesetzt wird.

Und wenn es über die derzeitige Krise des Kapitalismus so viele schöne und richtige Untersuchungen gibt - warum werden die Massen nicht aktiv? Die in der kapitalistischen Ausbeutung lebenden Arbeiterinnen und Arbeiter erleben die Probleme unmittelbar “vor Ort”, ihnen stellt sich dieselbe Situation ganz anders dar als dem von unbeteiligten Position aus zuschauenden, analysierenden Wissenschaftler; den Ausgebeuteten fehlt der notwendige Gesamtüberblick; der Wissenschaftler dagegen hat zwar diesen Gesamtüberblick, aber keinen oder kaum einen Einblick in die konkrete Lage der Betroffenen.

Hiernach liegt die Lösung eigentlich auf der Hand: Die Erkenntnisse der Wissenschaftler müssen mit den Erkenntnissen der Betroffenen verbunden werden. Doch dies ist - frei nach B. Brecht - ein einfaches Ding, das schwer zu machen ist.

Das Wesen der kommunistischen Partei lag für Stalin in der Verbindung des Marxismus-Leninismus mit der Arbeiterbewegung - also genau in der von uns geforderten Verbindung der Wissenschaft mit den unter dem Kapitalismus Leidenden. Wenn das Proletariat in Deutschland sich heute in einem für uns unerklärlichen Maße erpressen läßt, dann ist das ein Beweis dafür, daß die notwendige Verbindung zu wünschen übrig läßt - das ist zugegebenermaßen beschönigend formuliert. Und diese Tatsache kann man zumindest nicht nur den Erpressungsopfern anlasten.

Es gibt heute unter den - wir benutzen das mal als Sammelbegriff - Linken die Vorstellung, eine kommunistische Partei sei nicht notwendig. Wir halten das für falsch. Für den erfolgreichen anti-kapitalistischen Kampf ist es unbedingt notwendig, die wissenschaftlichen Erkenntnisse und die konkrete Lage der Ausgebeuteten in einen organi-

satorischen Zusammenhang zu bringen - und das entspräche dann dem Wesentlichen der kommunistischen Partei, dabei ist es unerheblich, ob diese Organisation sich KP nennt, Partei der Arbeit, Kommunistischer Bund oder anders - wesentlich ist die Verbindung beider Komponenten. Es geht also nicht um die Frage, **ob** es eine KP geben muß oder nicht - die Bourgeoisie ist selbstverständlich der Meinung, daß eine Verbindung des Marxismus-Leninismus mit der Arbeiterbewegung und damit eine kommunistische Partei nicht notwendig ist (für ihr Überleben...) Wir meinen allerdings, daß man über das “**Wie**” einer kommunistischen Organisation durchaus diskutieren kann, das haben W.I. Lenin, Rosa Luxemburg und andere ja auch getan.

Die oben erwähnten (ehemaligen und aktuellen) Bochumer Opelaner treffen sich seit Jahren regelmäßig. Während des etwa zwei Jahre dauernden Hin-und-Her-Gezettes um Opel Deutschland haben sie aufmerksam die Medien verfolgt, die lokale Presse, die Wirtschaftsberichte großer, nicht nur deutscher Tages- und Wochenzeitungen, das Internet, die jeweils neuesten Äußerungen von Foster, Franz, Reilly usw. - sie haben also als unmittelbar Betroffene sich auch die Theorie erarbeitet und im Betrieb im vergangenen Jahr erfolgreich gegen einen Verzicht agitiert - wir haben in früheren RS-Ausgaben darüber berichtet. Sie kamen durch den Informationsaustausch z.B. auch zu der Einschätzung, daß General Motors die vier Opel-Standorte in Deutschland auch dann aufrecht erhalten würde, wenn die in Aussicht gestellte Bürgschaft der Bundesregierung nicht gewährt würde. Der “normale” Opelaner hatte diese Informationen nicht und war daher mit dem Damoklesschwert “Streichung der Bürgschaft = Schließung der Standorte” bei mangelnder Verzichtsbereitschaft zu erpressen. Die Einschätzung der kritischen Opelaner hat sich ja dann auch als richtig herausgestellt; obwohl sie ihre Auffassungen unter den Kollegen propagierten, war ihr Einfluß leider nicht groß genug, um genügend Stimmen gegen den Verzicht zu bekommen. Aber ihre Arbeit zeigt unserer Auffassung nach die richtige Verbindung zwischen dem Gesamtüberblick und der konkreten Situation der Beschäftigten.

LÜGENPACK!

Stuttgart 21

Milliardenprojekt für Banken, Baukonzerne und Immobilienspekulanten!

Der Widerstand dagegen formierte sich von Anfang an!

(Quelle: Arbeit Zukunft)

Von vielen Menschen sind wir in den vergangenen Monaten gefragt worden: "Warum wehren die sich erst jetzt? Die pläne sind doch schon seit vielen Jahren bekannt!" Das ist richtig - was jedoch die meisten Menschen nicht wissen, ist, daß der Widerstand gegen das Projekt "Stuttgart 21" schon seit dem Beginn seiner Planung einsetzte, was allerdings von den meisten Medien klein gehalten wurde. Deshalb bringen wir hier zunächst eine von Arbeit Zukunft veröffentlichte Zusammenstellung:

Der "Vormärz" gegen Stuttgart 21:

1994: Kurz nach der Präsentation der ersten Pläne bildet sich ein Bündnis u.

a. Mit BUND, VCD, NABU, Naturfreunde, ADFC, Landesnaturschutzverband gegen S21 gegründet.

1996: 15.000 Unterschriften werden für einen Bürgerantrag gesammelt - abgelehnt!

1997: So genannte "offene Bürgerbeteiligung". Der Saal im Rathaus war überfüllt. Die Stadt erklärte, dass die "offene Bürgerbeteiligung" nach den zuvor von ihr aufgestellten "Spielregeln" stattfinden müsse.

Nach diesen Spielregeln durfte das Projekt nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden. Eine Diskussion war nur über Ausführungsdetails erlaubt.

1998: wird von dem Bündnis zusammen mit dem Architekturforum Ba-Wü das Alternativkonzept K21 vorgelegt.

1999: Planungsstopp für S21 durch die Bahn

2002/03: Planfeststellungsverfahren zu S21 – rund 10.000 Einsprüche werden "erledigt".

2004: im OB-Wahlkampf sagt OB Schuster (CDU) zu, bei Kostensteigerungen einen Volksentscheid durchzuführen. Die Gegenkandidat Boris Palmer (Grüne) zieht seine Kandidatur zurück und empfiehlt die Wahl Schusters im zweiten Wahlgang. Nur so gewinnt dieser.

2005: Klage des BUND beim VGH Mannheim abgeschmettert.

2006: ab diesem Jahr erste kleinere Demonstrationen

2007/08: Umfragen ergeben, dass eine Mehrheit in Ba-Wü S21 ablehnt.

2007, September: Gründung des Aktionsbündnisses gegen S21 mit "Leben in Stuttgart", BUND, Grüne, ProBahn und VCD Demonstration mit 4.000 auf dem Marktplatz

2007, November: 61.193 rechtsgültige Unterschriften für ein Bürgerbegehren.

Das wird von Gemeinderat und Verwaltungsgerecht abgeschmettert.

2007, Dezember: 15.000 demonstrieren im Schlossgarten

Seither reißen die Proteste nicht mehr ab. Derzeit (2010) finden jede Woche

mindestens zwei Großdemonstrationen statt. Montags oft mit 30-55.000

Teilnehmer/innen, freitags oder samstags mit bis zu 150.000 Teilnehmer/innen



Diese Karikatur von Friederike Groß ist am 16. März 1996 im SZ-Lokalteil erschienen, unterteilt mit folgendem Gedicht: „Wie schön, ein Visionär zu sein, im ruhigen stillen Kämmerlein. Doch könnt es nützen manchem Plan, ließ man auch mal den Bürger ran.“

Heldenstadt 2010: Stuttgart

Nachdem die "Großkopfeten" Ernst machten und mit dem Abriss des unter Denkmalschutz stehenden Bahnhofsgebäudes begannen, verschärfte sich natürlich der Widerstand

<http://www.arbeit-zukunft.de/index.php?itemid=1549>

Ausschnitt aus der

Chronik des Widerstandes gegen Stuttgart 21

Mittwoch, 25. August 2010: Alle Aktivitäten im Kampf gegen Stuttgart 21 aufzuzählen, würde den Rahmen dieser Zeitung sprengen. Der Widerstand ist so vielfältig und breit. Ebenso können wir an dieser Stelle nicht die gesamte Geschichte des Widerstandes darstellen. Wir dokumentieren daher als Beispiel weitgehend die Aktionen der letzten Zeit vor Beginn der "Schlichtung".

10. Dezember 2009, Beginn der Montagsdemos
Diese finden seitdem jeden Montag mit mehreren tausend Demonstranten statt.

2. Februar 2010, Baubeginn am Prellbock 49
Gut geschützt vor den wütenden Protesten des Volkes ließen ein paar Honoratioren, Vertreter des Kapitals, Politiker den Prellbock 49 von einem Kran hochheben und entfernen, um so zu signalisieren: "Es geht los! Und euer Widerstand ist zwecklos!" Doch tausende portestierten im Bahnhof und ausserhalb.

10. Juli 2010, Protestival
Die Stuttgarter Innenstadt war beim Sternmarsch und anschließendem Protestival gegen Stuttgart 21 am Samstag, dem 10. Juli, fast vollkommen blockiert. Auf der Hauptverkehrsader vor dem Stuttgarter Hauptbahnhof war die Straße dicht. Aus drei Richtungen, Bad Cannstatt, Berliner Platz und Wilhelmsplatz kamen hier Sternmärsche an. Immer mehr Menschen quollen in den überfüllten Schlossgarten. Die Veranstalter, ein breites Bündnis, gaben an, dass 20.000 gekommen seien. Die Stuttgarter Polizei schätzte die Zahl der Teilnehmer in vorausgehendem Gehorsam gegenüber der Stadt und dem Land auf nur 5.000

19.7.10, 35. Montagsdemo
Rund 5.000 bis 6.000 waren gekommen. Der Grund: Nach dem Protestival am 10.7. mit rund 20.000 Teilnehmer/innen hatte die Bahn angekündigt, ab 1. August den Nordflügel des denkmalgeschützten Stuttgarter Hauptbahnhofes abzureißen und damit gegen den Massenprotest unabänderliche Tatsachen zu schaffen. Diese Ankündigung löste bei der Stuttgarter Bevölkerung große Empörung aus. Daher strömten massenweise Menschen zu der Montagsdemonstration und die Stimmung war ungemein kämpferisch.

Die Kundgebung moderierte Hannes Rockenbauch, der Stadtrat der SÖS (Stuttgart Ökologisch Sozial). Er kündigte an, dass der Protest nicht wie zuvor geplant im August ausgesetzt wird. Der Protest wird während der gesamten Sommerferien fortgesetzt.

26.7.10, 24 Uhr, Bahnhofsbesetzung
Bei der Montagsdemonstration gegen das Milliardenbauprojekt Stuttgart 21 am 26.7.2010 besetzten spontan

einige hundert Teilnehmer/innen den bereits leer geräumten Nordflügel des Stuttgarter Hauptbahnhofes. Enorm war auch die Beteiligung an der Montagsdemo mit mehreren tausend! Trotz strömenden Regens war der Bahnhofsvorplatz am Nordflügel voll. Ständig strömten weitere Menschen herbei.

Nach der Besetzung des Nordflügels des Stuttgarter Hauptbahnhofes kamen aus allen Richtungen Einsatzwagen der Polizei. Diese hielt sich zunächst noch zurück, da die Masse der Demonstranten so groß war und die Beteiligung breit und vom Volk getragen ist. Später hat die Polizei begonnen, den Nordflügel zu räumen. Zahlreiche Gegner von Stuttgart 21, die schon nach hause gefahren waren, strömten wieder in die Stadt und begleiteten die volksfeindliche Polizeiaktion mit Pfiffen und heftigem Protest. Gegen 23:30 Uhr hatte die Polizei den Nordflügel mit einem Großaufgebot gewaltbereiter Einsatzkräfte geräumt. Die Transparente der Besetzer wurden abgerissen. Einige Besetzer wurden verhaftet und zum Stuttgarter Polizeipräsidium gebracht. Stark war die Solidarität der Demonstrant/innen, die in großer Zahl bis zum Schluss ausharrten.

28.07.2010, Schwabenstreich

Weit über tausend Demonstranten aus allen Teilen der Stuttgarter Bevölkerung trugen zum zweiten mal in dieser Woche den lautstarken Protest gegen das gigantomanische Bahnprojekt "Stuttgart 21" in die Stuttgarter Innenstadt, diesmal direkt vor das Rathaus. Gerade genehmigten im drinnen tagenden Gemeinderat die politisch Verantwortlichen der Stuttgarter Immobilienmafia, die auch Stuttgart 21 durchziehen wollen, einer weiteren Gruppe von Immobilieninvestoren den Bau eines neuen, riesigen Geschäftsviertels, bei dem auch das letzte Stück der alten Stuttgarter Stadtmauer vom Abriss bedroht ist. Scheiß auf den alten Müll, Profit abzocken ist angesagt!

Zu der Aktion unter dem Motto "Schwabenstreich" aufgerufen hatten zwei bekannte Stuttgarter Theaterleute, der Schauspieler Walter Sittler und der Regisseur Volker Lösch. Was sich hinter dem Motto verbirgt, wurde vorher nicht verraten. Nun aber ging es los! Lösch und Sittler hatten Sprechchöre organisiert und

forderten die Demonstranten auf, eine Minute lang einen infernalischen Lärm zu machen, mit allem, was zur Verfügung stand. Sofort an Ort und Stelle, dann aber auch möglichst jeden Tag um 19:00 Uhr, wo immer möglich in der Stadt. Die Rechnung der Stadtoberen, den Protest in den Sommerferien zu ersticken, dürfe nicht aufgehen!

31.7.2010, 1:30 Uhr nachts, Errichtung des Bauzauns
Mehr als 2.000 Menschen waren mitten in der Nacht in Stuttgart auf den Beinen. Die wichtigsten Straßen in der Innenstadt waren blockiert, der Hauptbahnhof von Demonstrant/innen umstellt. Die Polizei begann, das Gelände um den Nordflügel des Hauptbahnhofes abzusperren. Eine Baufirma stellte Absperrgitter von ca. 2m Höhe auf und verrammelte das Gelände. Ein Bagger wurde aufgefahren.

Die Nachricht verbreitete sich in Windeseile per Mail, Telefon, SMS usw. Die Menschen strömten aus allen Richtungen zum Hauptbahnhof, um gegen diesen ersten Schritt zum Abriss zu protestieren.

An diesem Wochenende fanden weitere Demos statt. Straßen wurden besetzt und die Innenstadt blockiert.

2.8.2010, 37. Montagsdemo

Viele tausend kamen um gegen den Beginn des Abrisses des Nordflügels des Stuttgarter Hauptbahnhof zu protestieren. Es kam wieder zur Blockierung wichtiger Straßen in der Innenstadt.

7.8.2010, Großdemo

Über 16.000 kamen trotz Ferienzeit, um lautstark gegen Stuttgart 21 zu protestieren. Ein wachsender Demozug bewegte sich durch Stuttgart. Am Ende waren es wohl fast 20.000.

13.8.2010, Menschenkette

Mehrfach wurde eine Menschenkette um das gesamte Bahnhofsgelände aufgestellt. Das war keine Kunst, denn es kamen deutlich über 23.000 Menschen. Und das in der Hauptferienzeit in Baden-Württemberg.

16.8.2010, 39. Montagsdemo mit Bauplatzbesetzung

Über 11.000 kamen zu dieser Montagsdemo. Mitten im ohrenbetäubenden Lärm des Schwabenstreiches hatten einige Aktivisten ein Feld des Hochsicherheitsgitters entfernt, mit dem der Nordflügel für den Abriss eingezäunt wurde. Unter riesigem Jubel marschieren viele hundert auf den Bauplatz. Über dem Eingang hängt ein gelb-schwarzes Bauschild: "Betreten der Baustelle erwünscht! Heute Tag der offenen Tür!" Die Polizei ist machtlos. Nach über einer Stunde ziehen die Besetzer friedlich mit einer Polonaise ab. Sie kommen durch ein Spalier der Polizei und werden mit frenetischem Beifall empfangen. Dazu erklingen Sprechchöre: "Wir kommen wieder!"

Am folgenden Tag distanzieren sich die Grünen und Teile der SÖS von dieser "illegalen Aktion".

17.8.2010, Lohndumping

Bei einer Razzia des Zolls auf der S21-Baustelle wurden 11 Bauarbeiter kontrolliert. Bei 8 gab es Auffällig-

keiten wie fehlende Anmeldung zur Sozialversicherung. Die IG Bau protestierte gegen Lohndumping. Verdi erklärte, dass dies kein Einzelfall sei. Die Bahn beschäftige Sicherheitsfirmen als Subunternehmen, die statt dem tarifvertraglichen Mindestlohn von 8,46 Euro nur 6 Euro pro Stunde zahlen würden. Zudem würden diese Unternehmen ihre Mitarbeiter regelmäßig dazu zwingen, über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus zu arbeiten.

20.8.2010, Schweigemarsch

Rekord: Über 30.000 Menschen kamen zu einem eindrucksvollen Schweigemarsch. Einige trugen Pest-Masken und waren schwarz gekleidet mit weiß geschminktem Gesicht. Damit sollte symbolisiert werden, dass Stuttgart 21 die neue PeST-21 darstellt. Nur mit gelegentlichen Trommelschlägen wurde die Stille unterbrochen. An der Spitze des Demozuges wurde ein Transparent getragen: "Alles gesagt – Stuttgart 21 stoppen!"

21.8.2010, Familienpicknick im Schlossgarten

Auch das gehört zu dem Protest gegen Stuttgart 21: ein Familienpicknick im Schloßgarten. Tausende kamen. Kinder malten Bäume, es wurde zusammen gegessen, getrunken, miteinander gesprochen.

23.8.2010, 40. Montagsdemo

Geschafft: die 40. Montagsdemo! Zigtausende nehmen wieder daran teil. Stuttgart bereitet sich darauf vor, dass die ersten Steine abgerissen werden. Bisher demontieren die Abbruchfirmen nur innen im Nordflügel Strom- und Wasserleitungen, Türen, Treppen usw. doch wenn der denkmalgeschützte Bau endgültig geschleift werden soll, ist das der Tag X, an dem zigtausende aufstehen und ihren Bahnhof, ihre Stadt verteidigen werden – gegen die Mafia des Kapitals!

* * * * *

Anmerkung RS-Red.: Unsere Leserinnen und Leser kennen aus zahlreichen Roman-Folgen die Schlußbemerkung: wird fortgesetzt.

Wir schreiben das hier auch voller Zuversicht:

WIRD FORTGESTZT!

Noch etwas: Die Fußballweltmeisterschaft 2018 ist nach Rußlanf vergeben worden: dafür sollen nach Medienmeldungen 13 Fußballstadien gebaut werden, Flughäfen, Bahnhöfe, Autobahnen, Hotels... Die Gesamtkosten werden auf 3,8 Milliarden € veranschlagt.

Die Kosten für das Verbuddeln des Bahnhofs in Stuttgart werden derzeit mit über 7 Milliarden € angegeben, andere Berechnung sind schon bei etwa 10 Milliarden € angelangt - wirklich ein Milliardengrab! Offensichtlicher kann man den Unsinn Stuttgart 21 wohl kaum machen, und das angesichts der ständig wachsenden sozialen Not in unserem Lande!

Mit 67 Jahren in die Rente...

...ist gleich: eineinhalb Jahre Rente für 44 Jahre Einzahlung in die Rentenkasse für den Arbeiter. Denn hierzulande - stirbt der **Arbeiter** im Durchschnitt schon mit 68 1/2 Jahren. Die **Arbeiterfrau** stirbt mit 70 Jahren. Dies besagt die Statistik der BRD. Achtzehn Monate Rente für ihn oder drei Jahre Rente sie - danach der Tod. Und das nach einem Leben jahrzehntelanger Mühsal der Ausbeutung, die den ganzen Wohlstand, den ganzen Reichtum der Gesellschaft schuf. Mit 67 Jahren in die Rente, dies ist ein wahrlich teuflischer profitabler Plan der Regierung, die der Brüning- Regierung der Weimarer Republik mit ihren Notverordnungen in nichts nachsteht, sondern gewillt ist, sie noch zu übertreffen.

“Die Menschen werden immer älter“? Richtig? Falsch!

“Wir stehen vor einer völligen Vergreisung unserer Gesellschaft, deshalb können die Renten so nicht aufrechterhalten werden.“ Richtig? Falsch!

Die Politiker des CDUGRÜNEFDSPDCSU-Einheitsbreis wie auch der Mainstream-Medien-Einheitsbrei pauken uns Tag für Tag die Lüge in die Köpfe, die Renten seien nicht sicher, weil “die Bevölkerung” immer älter würde, weil zu wenig Babies geboren würden: das demographische Problem.

Eine Lüge? Eine Lüge!

In Wirklichkeit sind die Renten nicht sicher, weil in den letzten 30 Jahren um die 10 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland vernichtet wurden und weil darum heute zwischen 7 und 10 Millionen der Menschen in Deutschland keine Arbeit haben, obwohl sie arbeiten wollen, und daher auch keine Rentenbeiträge zahlen.

Wären in Deutschland weiterhin so viele Babies geboren worden wie bis zum “Pillenknicke”, hätten wir heute vielleicht 20 Millionen statt 10 Millionen Arbeitslose und keinen Cent mehr in der Rentenkasse. Es gibt keinen Zusammenhang mit der Verschiebung des Altersdurchschnitts nach oben durch den Geburtenrückgang. **Dies könnte vielmehr “mit links” durch die erhöhte Produktivität aufgefangen werden, die in diesen Jahren erreicht wurde.**

Eine der Grundlügen

Die Aussage, die Menschen würden immer älter entsprechend der “durchschnittlichen Lebenserwartung” ist eine der wesentlichen Grundlügen, auf denen andere Lügen basieren, mit denen uns die Story mit der Unsicherheit der Renten aus demographischen Gründen beigebracht werden soll.

Lebenserwartung generell etwa 85 Jahre

Die Spezies Homo sapiens sapiens lebt im Schnitt etwa 85 Jahre, soweit die einzelnen Individuen es bis dahin geschafft haben, natürlich mit einer breiten Spannweite von individuellen Schwankungen, wie alles, was auf Biologie beruht.

Das war zur Zeit der Steinzeitmenschen so und ist heute so, die Gene der Menschheit als Ganzes haben sich ja nicht wesentlich geändert seitdem, dementsprechend bleibt auch das biologische Sterbealter im wesentlichen gleich.

KOLLEGIN ! KOLLEGE !

**UNTERSTÜTZ DEINE PARTEI, DIE
KPD/ML !**

**UNTERSTÜTZE DEN WEITEREN AUF-
BAU DEINER ZEITUNG**

ROTER STERN

**SCHREIB UNS ÜBER DEIN LEBEN IM
KAPITALISMUS,**

**ÜBER DIE AUSBEUTUNG AM ARBEITS-
PLATZ,**

**ÜBER DEINE ERFAHRUNGEN MIT DER
WOHNUNGSNOT,**

**MIT DEN STEIGENDEN PREISEN,
ÜBER DIE KÄMPFE DAGEGEN !**

* * * * *

KEINE ANGST VOR DEM SCHREIBEN !

ROTER STERN

**IST KEINE ZEITUNG FÜR LITERATEN,
SONDERN**

**EINE ZEITUNG VON UND FÜR
WERKTÄTIGE !**

Wenn uns gesagt wird, daß die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt in der Steinzeit, also etwa zur Zeit des "Ötzi", bei 20 Jahren lag, so wird hier über etwas anderes gesprochen. Ebenso, wenn man uns sagt, bei den "alten Römern" und auch noch im Mittelalter habe die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt bei 30 Jahren gelegen und selbst am Ende des 19. Jahrhunderts noch bei etwa 45 Jahren, während sie heute auf Werte zwischen 79,5 und 84,5 Jahren bei Frauen und auf zwischen 74 und 77,5 Jahren bei Männern angestiegen ist.

Es gibt ja viele Gründe, warum ein Mensch nicht an die Grenze seiner natürlichen Lebenserwartung herankommt: Krankheiten, Seuchen, Arbeitsbedingungen, Kriege, Autounfälle, Mord, Selbstmord - all dies kann ihn früher hinwegraffen.

Offensichtlich spielen hierbei Krankheiten die wichtigste, wenn auch abnehmende Rolle, während Seuchen heute schon deutlich verringerten Einfluß haben. Autounfälle, Mord und Selbstmord haben dagegen heute eine erhöhte Bedeutung weltweit.

Eigens zum Täuschen erfunden

Aber fangen wir auch hier am Anfang an: Was ist durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt? Dies ist eine Statistik, die eigens zu dem Zweck erfunden wurde, uns zu täuschen, zum einen über den medizinischen Fortschritt, zum anderen über die Gründe für die Probleme der Rentenkasse. Gewagte These?

Die Statistik der "durchschnittlichen Lebenserwartung bei der Geburt", die statt vernünftiger Statistiken überall (aus den gleichen Gründen) verwendet wird, bezieht ALLE Menschen des betrachteten Landes ein, vom Baby ab dem Moment seines ersten Atemzuges bis zur ältesten Person. Dies führt dazu, daß die Baby- und Kindersterblichkeit weit überproportional in diesen Wert einfließt. Sehen wir uns das an einem Beispiel an:

Betrachten wir 10 Personen, die alle 90 Jahre alt geworden sind. Offensichtlich hatte diese Gruppe die durchschnittliche Lebenserwartung von 90 Jahren. Stirbt einer davon schon mit 89, ist der Durchschnitt immer noch 89,9 Jahre, stirbt einer schon mit 80 Jahren, ist der Durchschnitt immer noch 89 Jahre, sterben 2 mit 80, ist der Durchschnitt immer noch 88 Jahre. Ergebnis: Abwei-

chendes Sterbealter in der Nähe des Durchschnitts ändert nur wenig am Durchschnitt.

Ganz anders, wenn eine der 10 Personen bereits als Baby stirbt, also fast mit 0 Jahren. Diese eine Person verringert dann den Durchschnitt von 90 auf 81 Jahre, also um 9 Jahre. Sterben zwei als Baby, wird der Durchschnitt auf 72 Jahre herabgesetzt, obwohl in diesem Fall immer noch 80% der Personen mit 90 Jahren gestorben sind. Sterben drei als Baby, rutscht der Durchschnitt auf 63 Jahre, obwohl immer noch 70% der betrachteten Gruppe 90 geworden ist. Ergebnis: Die Todesfälle im Baby- und Kinderalter gehen weit überdurchschnittlich in das Ergebnis der Statistik ein.

Kurz gesagt, die "durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt" ist nicht mehr und nicht weniger als im wesentlichen eine Darstellung der Säuglings- und Kindersterblichkeit in dem betrachteten Land. Daß dieser Wert in den meisten Industrieländern während des 20. Jahrhunderts deutlich angestiegen ist (im Schnitt von etwa 45 auf über 74 Jahre), beruht in großem Maße auf den ständig weiter verbesserten Methoden der Säuglingsversorgung und der Kindermedizin.

Gerade in den letzten 20 Jahren sind wesentliche weitere Verbesserungen hinzugekommen, besonders bei Frühgeburten. Heute können schon manche Säuglinge "durchgebracht" werden, die nach nur 6 Monaten Schwangerschaft geboren wurden. Dies läßt entsprechend dem oben gezeigten starken Einfluß die Werte der "durchschnittlichen Lebenserwartung bei der Geburt" immer noch ansteigen. Das heißt aber in keinsten Weise, daß "die Menschen immer älter" würden.

ROTER STERN

Abonnement:

Entsprechend den derzeitigen Möglichkeiten ist die Redaktion bemüht, jährlich 3-4 Ausgaben herauszubringen. Wer ROTER STERN abonnieren möchte, kann das tun:

Bestellungen an

H. Polifka, Postfach 35 11 02 in 39034 Magdeburg

Bitte, überweist den

Preis für 6 Ausgaben 10,- € incl. Porto
auf das Konto der

**GEWISO, Commerzbank Marl,
K-Nr. 613145200, BLZ 360 400 39**

Aber, so mag einer nun einwenden, gibt es nicht laufende medizinische Fortschritte auch außerhalb der Baby- und Kinderversorgung? Werden die Menschen nicht wirklich "laufend" älter wegen dieser Fortschritte?

Es sei sichtbar, daß die Menschen deutlich älter würden. Die Mutter, die Großmutter, die Großtante seien jetzt schon so und so alt.

Natürlich hat es wirklich medizinische Fortschritte gegeben, z.T. sogar immense. Als z.B. die Mikroben entdeckt wurden und die Bedeutung der Hygiene, als die ersten wichtigen Impfstoffe entwickelt wurden, bekamen weit mehr Menschen als vorher die Chance, bis zur Grenze ihres natürlichen Lebensalters zu gelangen. Wie vielen Menschen ein Robert Koch oder Louis Pasteur zu vielen zusätzlichen Jahren verholfen haben, ist kaum hoch genug einzuschätzen. Auch danach gab es noch wesentliche Fortschritte. Die Erfindung der Antibiotika, zunächst Penicillin und dann weitere, verschafft Millionen Menschen zusätzliche Jahre. Gesundheitspolitiker und Pharmaindustrie haben ein Interesse daran, uns weiszumachen, die medizinischen Fortschritte würden uns laufend deutlich länger leben lassen. Zum anderen braucht man diese Täuschung, um uns die Lüge mit dem demographischen Problem aufzubinden. Den menschenverachtenden Politiker-Masken kommt es dabei nicht so sehr auf die absolute Zahl von Jahren an, die ein Rentner überlebt, nein, es kommt ihnen darauf an zu zeigen, daß diese Zahl laufend ansteigt.

Gerade da wird ihre Argumentation aber besonders absurd: Sie beginnen nämlich, diesen laufenden Anstieg **in die Zukunft fortzuschreiben**. Hat sich gerade diese "durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt" in den letzten Jahren (bis etwa 2002) noch einmal deutlich erhöht (wegen der aktuellen Fortschritte in der Neugeborenen-Versorgung), so projizieren sie diese Entwicklung in die Zukunft. Beginnen sie dann Rechnungen für das Jahr 2030 oder 2040 oder 2050 aufzustellen, so bekommen sie unglaubliche Zahlen: Die Menschen würden dann im Schnitt Hundert Jahre alt werden.

Werden die Menschen, die gerade geboren werden, im Schnitt 100 Jahre alt?

Projektionen von Statistiken in die Zukunft sind

immer mit äußerster Vorsicht zu genießen, erst recht, wenn man 40 oder 50 Jahre in die Zukunft geht. Die Annahme, daß sich in dieser Zeit keiner der äußeren Umstände ändern wird, ist fast immer falsch.

Es ist aber besonders absurd, weil man nicht versucht hat herauszufinden, was denn die Ursache des Anstiegs in den letzten Jahren war. Heute ist die Neugeborenenversorgung bereits so perfektioniert, daß wesentliche Fortschritte von dort her nicht mehr zu erwarten sind. Die "durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt" wird also in Zukunft im wesentlichen stabil bleiben, bzw. in dem Maße, **wie im Zuge der "Reformen" die medizinische Versorgung verschlechtert wird und Armut erzeugt wird, sogar beginnen zu sinken.**

Unsere Spezies wird im Schnitt etwa 85 Jahre alt, wenn wir es denn bis dahin geschafft haben. Diese Aussage ist empirisch. Es könnte sich in Zukunft herausstellen, wenn wir im Sozialismus und Kommunismus alle Krankheiten heilen können bzw. dafür sorgen, daß sie gar nicht ausbrechen, daß diese Grenze etwas höher liegt im Schnitt, vielleicht bei 95, aber dies ist Zukunftsmusik.

Eine **durchschnittliche** Frau wird also bei der heutigen Altersgrenze (60 Jahre) in etwa 24 Jahre (288 Monate), ein durchschnittlicher Mann (65 Jahre) in etwa 16 Jahre (192 Monate) Rente beziehen. Da beide ja in etwa 35 Jahre einbezahlt haben müssen (35 Beitrags- oder Ersatz-Jahre sind Voraussetzung des vollen Rentenbezugs), ist damit genug in die Rentenkassen geflossen, um dies locker zu zahlen. Hat man weniger Jahre eingezahlt, sind die Renten auch heute schon verschwindend klein. Das Geld, das in der Rentenkasse sein müßte, wäre also völlig ausreichend.



**Solidarität
ist unsere
stärkste Waffe!**

**Rote
Hilfe**

zentrales spendenkonto: kontakt: www.rote-hilfe.de

rote hilfe e.v.
konto 191 100 462
postbank dortmund
blz 440 100 46

rote hilfe bundesgeschäftsstelle
postfach 3255, 37022 göttingen
fon: (0551) 770 8008
fax: (0551) 770 8009

Die Plünderung der Rentenkasse durch die bundesdeutsche Politik

Sie leistet das ihrige dazu, eine Erhöhung des Renteneintrittsalters durchzuführen. Schon 1955 wurde das kapitalgedeckte Vermögen der damaligen Rentenversicherungsträger von 14,5 Milliarden Mark durch das Kriegsfolgenschlussgesetz enteignet (entsprach dem halben Bundeshaushalt). Ab jetzt wurden die sich füllenden Rentenkassen als "öffentliche Mittel" angesehen, und so konnte man ohne weiteres für rentenversicherungsfremde Leistungen Mittel entnehmen. Diese Leistungen bewegen sich seit 1957 im Schnitt bei über 30 Prozent der Gesamtausgaben der Rentenkasse (zum Beispiel Kriegsfolgelasten, Erwerbsunfähigkeitsrenten wegen Arbeitsmarktlage ect.). Der Bund beteiligt sich seit 1957 an diesen versicherungsfremden Leistungen mit durchschnittlich 20 Prozent. Die Unterdeckung dieser gesamtgesellschaftlichen Leistungen wird ausschließlich der Rentenkasse aufgebürdet.

Zusammengefaßt kann man feststellen:

1. Es ist nicht wahr, daß die Menschen generell immer älter werden würden. In irgendeiner absehbaren Zukunft werden die Menschen in keiner Weise über ihr natürliches durchschnittliches Lebensalter von etwa 90 Jahren hinauskommen können.
2. Es gibt kein demographisches Problem von der Sorte, es sei abzusehen, unsere Gesellschaft werde völlig "vergreisen", während fast keine jungen Menschen mehr vorhanden seien. Die abzusehende Tendenz einer Verschiebung zu einem größeren Anteil älterer Menschen in der Gesellschaft ist nicht dramatisch und außerdem zeitlich begrenzt.
3. Das Problem der Rentenkassen hat nichts mit der demographischen Entwicklung zu tun, sondern ist Ausfluß der Vernichtung von Millionen von Arbeitsplätzen und der daraus resultierenden Massenarbeitslosigkeit

Die Kaltschnäuzigkeit des ehemaligen Arbeits- und Sozialministers Müntefering ist in nichts zu überbieten, wenn er dem Bürger empfiehlt, seinem Elend im Alter dadurch zu entkommen:

"Da kann man verschiedenes versuchen: Balalaika spielen, oder Lotto, Riester-Rente oder betriebliche Versicherungen machen, und dann muß man sehen, ob man auf diese Art und Weise etwas zusammenbekommt" (FAZ 9.3.06)

<http://amerika21.de/nachrichten/2010/11/16926/bolivien-rentengesetz>

Neues Rentengesetz in Bolivien Über 90 Prozent Zustimmung der Mitgliedsgewerkschaften.

Kern ist die Senkung des Rentenalters

15.11.2010 : Gewerkschaftsverband COB: Senkung des Rentenalters durchgesetzt

Cochabamba: Der Dachverband der bolivianischen Gewerkschaften, Central Obrera Boliviana (COB), hat dem Entwurf für ein neues Rentengesetz zugestimmt. Nach monatelangen Verhandlungen sprachen sich 44 der 47 anwesenden Organisationen auf einem Treffen in Cochabamba für den Vorschlag der Regierung aus, drei stimmten dagegen.

Marcelo Elío, der Vorsitzende der Wirtschafts- und Planungskommission der plurinationalen Versammlung, des bolivianischen Parlaments, nannte die Zustimmung von über 90 Prozent "historisch". Gewerkschaftschef Pedro Montes verwies darauf, dass die Arbeiter zum ersten Mal an juristischen Verfahren beteiligt wurden. Dadurch bekomme das Gesetz einen besonders demokratischen Charakter. Nun muss es noch vom Parlament verabschiedet und von der Regierung umgesetzt werden.

Kernpunkt der neuen Regelungen ist die Herabsetzung des Rentenalters von 65 auf 58 Jahre für Männer und bis auf 55 Jahre bei Frauen, abhängig von der Zahl der Kinder. Wer unter Tage arbeitet, kann teilweise schon nach 51 Jahren in Rente gehen, ein Alter, das für Bergleute in Bolivien allerdings relativ hoch ist. Auch die Mindestrenten werden im Gesetz festgelegt. Es gibt mindestens 1600 Bolivianos (166 Euro). Je nach Dauer der Lebensarbeitszeit erhöht sich die Mindestrente dann auf bis zu 2600 Bolivianos (270 Euro), die Arbeiter bekommen, die 30 Jahre und mehr gearbeitet haben.

Das Gesetz ist nach Protesten vom Mai dieses Jahres, bei denen einige der Mitgliedsgewerkschaften des COB für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen streikten, auf den Weg gebracht worden. ??Die drei Organisationen, die sich nun gegen das Gesetz aussprachen, waren die Gewerkschaftsverbände von Oruro und Potosí – zwei Regionen, in der es in diesem Jahr teilweise heftige Proteste und große Unzufriedenheit mit der Regierung von Evo Morales gab – sowie der Verband der Lehrer in ländlichen Regionen.

Am Rande der Tagung in Cochabamba protestierten einige Arbeiter gegen die neuen Regelungen. Präsidentensprecher Iván Canelas bedauerte dies, da das Gesetz den Protestierenden zu Gute käme. Die Regierung der Bewegung zum Sozialismus (MAS) versuche immer, mit den Anführern der Arbeitern einen Konsens zu finden, sagte er.

<http://www.arbeit-zukunft.de/index.php?itemid=1611>

Die internationale Konferenz der marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen solidarisiert sich mit dem haitianischen Volk!

Mittwoch, 22. Dezember 2010

Die internationale Konferenz der marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen (IKMLPO) solidarisiert sich mit dem haitianischen Volk, das von Naturkatastrophen, die das ganze Jahr hindurch anhielten, schwer geschlagen wurde. Die Notlage und die unhygienischen Verhältnisse, erschwert durch die Ausbeutung seiner Reichtümer durch die imperialistischen Mächte, vor allem Frankreich und die USA, haben die Zahl der Opfer erhöht, die sich auf zehntausende von Toten beziffern.

Das Volk von Haiti, das in der Geschichte des Kampfes der Völker Lateinamerikas für ihre Unabhängigkeit die Hauptrolle gespielt hat, ist heute nichtsdestoweniger von fremden Truppen besetzt, welche die Ausübung seiner Souveränität verhindern. Die IKMLPO fordert den sofortigen Rückzug der Besatzungstruppen und die Rückgabe der Reichtümer, die dem Volk vom Imperialismus und Kolonialismus geraubt wurden. Gleichzeitig appellieren wir dringend an die fortschrittlichen Parteien und Kräfte und an die Völker, dem Brudervolk von Haiti solidarisch zu helfen.

Diese Resolution wird von der Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands unterstützt. Sie wird ebenfalls unterstützt von der KPD/ML.

Quelle: <http://www.pcof.net>

Auszüge aus:

Uli Mercker: Wer kann Haiti aufbauen?

...Die Katastrophe (war) auf eine Bevölkerung getroffen, die systematisch seit Jahrzehnten am Erreichen eines wenn auch nur minimalen Glückszustands gehindert wurde.

...Regierung findet so gut wie nicht statt. Der noch amtierende Präsident hält sich oft im Ausland auf oder empfängt ausländische Staatsgäste...

Angesichts der Milliarden Dollar, die aus den Zusagen der internationalen Gebergemeinschaft für das Land zu erwarten sind, wird der geschäftliche Instinkt der gegenwärtigen und zukünftigen Machthaber noch einmal zusätzlich geweckt. Die mangelnde Transparenz bei der Vergabe großer Investitionsprojekte an ausländische Unternehmen spricht für sich.

Mit dem Volk spricht hingegen niemand. Es ist auf sich allein gestellt, führungslos, orientierungslos, ohne eigenes Projekt. Da sind immer noch die 1.300 Zeltlager, die von über 1 Million Obdachlosen bevölkert werden. Über deren weiteres Schicksal kann bisher kein Mensch eine erschöpfende Auskunft geben... Da sind die ... Elendsviertel oder Bidonvilles, mit so wohlklingenden Namen wie Bel Air (Gute Luft) oder Cité Soleil (Sonnenstadt), die in Müll und Kloaken zu ertrinken drohen, für die das Menschenrecht auf menschenwürdiges Wohnen nie gegolten hat...

In den ersten Tagen waren es die Haitianer selbst, die so gut sie konnten, Menschen aus den Trümmern befreiten, die den Helfern die Wege wiesen, die sich in Nachbarschaftskomitees spontan organisierten und für ein Minimum an Ordnung sorgten. Bald jedoch beherrschten militärische Formationen das Straßenbild, bewachten die Ausgabestellen für Wasser und Nahrungsmittel, vermittelten den Einheimischen den Eindruck, dass sie vor sich selbst geschützt werden müssen...

Derweil geht die Zerrüttung allerdings ungebrems weiter. Neben den schwer zu verarbeitenden traumatischen Erlebnissen und Verlusten vieler geliebter Menschen setzt sich in der haitianischen Gesellschaft in weiten Teilen ein Gefühl der Ohnmacht und Entfähigung fest, der Nährboden für die Entstehung von Bittstellermentalität. Fast unvorstellbar in einem Volk, das um seine Vergangenheit als erste freie Sklavenrepublik weiß.

...Die Organisierung der Gesellschaft wird von außen vorgenommen... (Es) werden Einkommensstrukturen erzeugt, die die Spaltung der Gesellschaft noch zusätzlich vertiefen. Schon heute hat der Staat Mühe, qualifizierte Mitarbeiter in den Ministerien zu halten, da er mit den Gehältern ausländischer Organisationen nicht konkurrieren kann. (Aus: *medico international rundschriften* 04/2010)

Umfrage ergibt:

Gesellschaftsordnung hat sich "nicht bewährt"

“Unser Wertesystem droht auseinanderzubrechen ... Nur 15 Prozent der Deutschen meinen, dass führende Politiker ihren Aufgaben gerecht werden; Wirtschaftslenker bestehen nur bei 26 Prozent der Deutschen. Das ist bedenklich. Während man in den USA zu erfolgreichen Führungskräften aus der Wirtschaft aufschaut, geht hierzulande jeder Respekt vor Eliten verloren.” (Bild.de, 7.11.2010)

Seit 16 Jahren lässt der Bundesverband Deutscher Banken mehrmals im Jahr den “Respekt” der Deutschen vor den “Führungskräften von Politik und Wirtschaft” per Umfragen testen.

Im Mittelpunkt steht dabei stets die Frage: “Hat sich die soziale Marktwirtschaft bewährt?” Seit Beginn der Umfragen bröckelt in kleinen Schritten unaufhaltsam die Zustimmung zur so genannten “sozialen Marktwirtschaft”. Von 73 Prozent “Zu-

friedenen” vor 16 Jahren auf nur noch 54 Prozent im April 2010. Aber just in dem Moment, als Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) das angebliche Ende der Weltwirtschaftskrise und seinen “XXL-Aufschwung” verkündet, brechen die Umfragewerte regelrecht weg – innerhalb von sechs Monaten auf nur noch 48 Prozent im Oktober 2010. Erstmals in der Geschichte der BRD hat sich damit für die Mehrheit der Befragten die bestehende kapitalistische Wirtschaftsordnung “nicht bewährt”.

Das ist nicht erstaunlich: Nach den Erfahrungen mit der tiefsten Weltwirtschafts- und Finanzkrise des kapitalistischen Systems zeigt die Lebenswirklichkeit der Masse der Bevölkerung jetzt alles andere als einen “Aufschwung XXL” und “Vollbeschäftigung”. In den Betrieben wird die Ausbeutungsschraube angezogen. Schamlos werden immer mehr Teile der

Sozialkosten auf die Bevölkerung abgewälzt - wie jetzt bei der Gesundheitsreform - und die Monopole werden “entlastet”. 6 876.684 Menschen leben in Haushalten, die von Hartz IV betroffen sind, darunter 1.772.233 Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren. In Sachsen-Anhalt und Bremen sind über 18 Prozent der Bevölkerung von Hartz IV betroffen! In einem aktuellen Bericht kritisiert der Bundesrechnungshof auch, wie mit den Ein-Euro-Jobs umgegangen wird: In solchen Arbeitsverhältnissen mussten die Leute Müll beseitigen, beim Umzug eines städtischen Bauhofs mithelfen oder Nasszellen in einem Altenheim putzen. Ursprünglich wurden die Ein-Euro-Jobs mit der Begründung eingeführt, dass es sich dabei um zusätzliche, gemeinnützige Tätigkeiten handle - bei über der Hälfte der untersuchten Fälle aber hat es sich nach Angaben des Rechnungs-



Dortmund, 13.11.2010

hofs nicht um solche Arbeiten gehandelt oder es sei Unternehmen Konkurrenz gemacht worden. D.h. dass mit diesen Jobs reguläre Arbeitsplätze vernichtet werden und ein Niedrigstlohnsektor ausgebaut wird.

Kein Wunder, dass der Respekt vor den selbst ernannten Politik- und Wirtschafts-Eliten zunehmend schwindet! Mehr noch als die Kritik an den bestehenden Verhältnissen fürchten die Bank-Eliten die Suche nach einer Alternative und das dabei wachsende Selbstbewusstsein der Massen, wie es sich eindrucksvoll bei den Protesten in Stuttgart, Gorleben oder den gewerkschaftlichen Protestaktionen entwickelt. Geradezu mit einer Beschwörung endet deshalb der Appell des Bankers in der "Bild": "Wir müssen mehr reden, erklären und werben, für unsere Vorhaben und fürs große Ganze: die Demokratie und die soziale Marktwirtschaft. Das ist eine der wichtigsten Managementaufgaben."

Dieses System löst keines der Probleme, die es selbst verursacht hat - da nützt auch mehr Werbung nichts. Zeit, neue gesellschaftliche Alternativen in den Blick zu nehmen!

Eine große Mehrheit der Deutschen könnte sich einer Umfrage zufolge vorstellen, in einem sozialistischen Staat zu leben, solange für Arbeitsplätze, Solidarität und Sicherheit gesorgt wäre. (Rheinische Post, 15.03.2010)

Die "Bild"-Zeitung berichtete, damit hätten sich bei einer Emnid-Umfrage 80 Prozent in Ostdeutschland und bis zu 72 Prozent in Westdeutschland einverstanden erklärt. Den Wert "Freiheit" benannten demnach

nur 28 Prozent der Ostdeutschen, aber 42 Prozent der Westdeutschen als wichtiges politisches Ziel.

Für eine neue Gesellschaft kämpfen wir!

Die Kapitalisten werden die Arbeiter/innen, kleinen Angestellten, die Arbeitslosen, die Bäuerinnen und Bauern, die Jugend, die Rentner/innen immer wieder angreifen. Für ihre Profite sind sie dazu gezwungen. Sie werden selbst durch den Konkurrenzkampf getrieben und können jederzeit darin untergehen. Sie können nur überleben, wenn sie immer mehr aus uns herausaugen. Friedrich Engels schrieb: **"Das Recht auf Revolution ist... das einzige wirklich historische Recht..."**

Deshalb muss das kapitalistische System beseitigt werden, wenn wir eine grundsätzliche Lösung unserer Probleme suchen und herbeiführen wollen. In einem System, wo nicht mehr nach Profitinteressen, sondern nach den Bedürfnissen der Mehrheit des Volkes gewirtschaftet wird, lässt sich bei der heutigen enormen Produktivität eine kostenlose Gesundheitsversorgung, eine auskömmliche Rente, eine umweltverträgliche Energie- und Verkehrspolitik verwirklichen. In einer solchen Gesellschaft findet jede und jeder eine nützliche Arbeit und ein erträgliches Auskommen. Dann ist Arbeit auch nicht mehr Last, sondern Lebenserfüllung.

Die Herrschaft des Kapitals, der korrupten Politiker, der Zocker und Spekulanten, der Manipulierer und Volksbetrüger muss beseitigt werden. Diese werden die überquellenden Büffets, von

denen sie speisen, nicht freiwillig verlassen. Sie haben in Deutschland bereits 1918 und 1933 ihre Herrschaft gegen die Arbeiterklasse und das Volk, die eine andere Gesellschaft wollten, mit Gewalt und Mord gesichert. An ihre Stelle muss ein politisches System treten, indem das Volk seine Vertreter aus seinen Reihen wählt und jederzeit abwählen kann. Die Vertreter müssen dem Volk rechenschaftspflichtig sein. Die Arbeiterklasse, die den größten Teil des Reichtums dieser Gesellschaft schafft, muss dabei die führende Rolle in Wirtschaft und Staat haben.

Deshalb kämpfen wir für den Sozialismus! Bei seinem ersten Anlauf wurde der Sozialismus durch entartete Parteiführer verraten, die die Arbeiterklasse beiseite drängten und sich selbst zu Herren der Gesellschaft machten und schließlich den Sozialismus zerstörten. Daraus müssen wir lernen und die Fehler und Schwächen aus dem ersten Anlauf schonungslos analysieren und nutzen, um es beim nächsten Mal besser zu machen. Eine Arbeiterklasse, die sich zum Anhängsel der Parteien der herrschenden Klasse macht und sich darauf beschränkt, mal den und mal jenen zu wählen, der sie dann verrät, wird immer in der Lohnsklaverei und den Fesseln der Ausbeutung bleiben. Deshalb muss sich die Arbeiterklasse als selbständige Partei organisieren, ihre Interessen mit aller Kraft vertreten, für eine neue Gesellschaft kämpfen.

Vorwärts zum Sozialismus!

<http://www.arbeit-zukunft.de/index.php?itemid=1579>

Erfolgreiches zweites Seminar zum Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei

Mittwoch, 20. Oktober 2010

Am 16. und 17. Oktober 2010 fand in Berlin das zweite Seminar zu Fragen des Aufbaus einer Kommunistischen Arbeiterpartei statt. Thema des Seminars war "Die Rolle der kommunistischen Partei in Massenorganisationen und Massenkämpfen". Rund 20 Genossinnen und Genossen beteiligten sich, darunter von der KPD (Roter Morgen), der KPD/ML (Roter Stern) und der DKP. Zu Gast waren wir in den Räumen der Salvador-Allende-Freundschaftsgesellschaft in Berlin-Neukölln. Da dieser Club vor kurzem von Nazis überfallen und seine Scheiben zertrümmert worden waren, war es uns ein besonderes Anliegen, damit auch unsere Solidarität zu demonstrieren. Im Club wurden wir von einem Genossen aus Uruguay begrüßt, der unserem Seminar herzlich Erfolg wünschte.

Nachdem viele Teilnehmer/innen zuvor gemeinsam an der 7. Herstdemonstration "Weg mit Hartz IV – das Volk sind wir!" teilgenommen hatten, begann das Seminar am Samstagnachmittag mit einem Eingangsreferat eines Genossen, der aktiver Gewerkschafter und Betriebsrat ist, über die Lage der Gewerkschaften und die Rolle der Kommunisten darin. Er ging darauf ein, dass z. B. Gewerkschaftsvorstände bei der Erarbeitung der Hartz IV-Gesetze mitgemacht hätten und mit ihrer Politik der Klassenzusammenarbeit immer wieder ein Hindernis für den Kampf der Arbeiterklasse seien. Dennoch seien die Gewerkschaften die größte Massenorganisation der Arbeiterklasse, in der es heftige Auseinandersetzungen um den Kurs gebe. Es sei falsch, sich aus der Gewerkschaftsarbeit herauszuhalten. Im Gegenteil Kommunist/innen müssten in Betrieb und Gewerkschaft aktiv sein und Verantwortung übernehmen. Es fehle derzeit bundesweit eine kommunistische Agitation und Propaganda in den Betrieben. Ebenso sei es Aufgabe der Kommunisten, nicht als "Opposition" dazustehen, sondern selber einen richtigen Weg einzuschlagen und unter den Kolleg/innen zu vertreten. Kommunisten müssten für die Einheit der Arbeiterbewegung kämpfen

und eine freiwillige Isolierung beispielsweise durch eine RGO-Politik vermeiden.

In der sehr lebhaften Diskussion gab es unterschiedliche Standpunkte. In vielen Fragen konnten jedoch Unklarheiten ausgeräumt und Positionen geschärft werden. So wurde z.B. deutlich herausgearbeitet, dass wir in den Gewerkschaften um politische und organisatorische Machtpositionen kämpfen müssen, dass das aber nur auf der Grundlage des Rückhalts der kämpferischen Kolleg/innen geschehen kann. Andernfalls wäre es eine Jagd nach Pöstchen. Positionen ohne Rückhalt in der Basis sind keine Machtpositionen im Sinne einer klassenkämpferischen, kommunistischen Politik. Umstritten war, inwieweit Kommunist/innen ihre Kolleg/innen selbständig innerhalb der Gewerkschaften organisieren sollen. Dabei waren sich alle einig, dass Grundlage für jede Tätigkeit sein muss, ob es dem Klassenkampf nützt und diesen voran bringt. Wenn Gewerkschaftsführer den Klassenkampf behindern oder verhindern wollen, dann muss auch eigenständig gegen eine solche Politik der Zusammenarbeit vorgegangen werden. Allerdings sollten immer Wege gesucht werden, die die Einheit der Gewerkschaften bewahren und es denen, die den Weg der Klassenzusammenarbeit gehen, schwer machen, die kämpferischen Kräfte zu isolieren oder gar aus den Gewerkschaften hinauszudrängen.

Am Abend zeigte ein Genosse aus Stuttgart eine Beamer-Präsentation über die Bewegung gegen Stuttgart 21. Die Teilnehmer/innen des Seminars waren begeistert von den Erfahrungen in Stuttgart. Am Sonntagmorgen begann das Seminar mit einem zweiten, kurzen Einstiegsreferat über die Arbeit von Kommunist/innen in Massenbewegungen. Der Genosse betonte, dass es Aufgabe von Kommunist/innen sei, das Verbindende in den verschiedenen Bewegungen zu betonen und sich für deren Zusammenschluss einzusetzen. Wir müssten uns dafür einsetzen, dass die verschiedenen Bewegungen (Bauern, Umwelt, Anti-Atom, Antifa, De-

mokratie, Bildung, Jugend...) nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern gemeinsam ihre Kraft verstärken. Es sei dabei wichtig, solche Bewegungen konkret zu analysieren und auch die darin verborgenen Klasseninteressen zu erkennen. So sei die Bauernbewegung eine Bewegung zur Verteidigung des Kleineigentums einer immer mehr an den Rand gedrängten und im Kapitalismus zum Untergang geweihten Klasse. Eine solche Bewegung würde sich daher zunächst spontan gegen den Sozialismus wenden. Man müsse die Bäuerinnen und Bauern erst überzeugen, dass sie dort eine Zukunft hätten.

In der Diskussion wurde teilweise heftig über die Bedeutung der Bauern gestritten. Eine Genossin berichtete lebendig und konkret über die positiven Erfahrungen in der DDR mit LPGs, aber auch über deren Schwachpunkte und Probleme. Angesprochen wurde, dass sich Kommunist/innen nicht in Bewegungen verstecken dürfen, sondern dort aktiv ihre Positionen einbringen müssen.

Die meisten Teilnehmer/innen äußerten sich positiv über den Verlauf des Seminars und die lebhaft und weitgehend konstruktive Diskussion. Einige meinten, das Seminar habe sie weiter gebracht. Hervorgehoben wurde auch, dass das Seminar inhaltlich tiefer ging als das erste Seminar.

Die Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands als Veranstalter bedankte sich bei allen, die bei der Realisierung des Seminars mitgeholfen haben ebenso wie bei allen Organisationen und Einzelpersonen, die mit ihrer Teilnahme und ihren Beiträgen zum Erfolg dieses Seminars beigetragen haben. Dabei wurde vorgeschlagen, die Ergebnisse der Seminare festzuhalten, um sie inhaltlich produktiver zu gestalten. Man solle festhalten, wo man sich habe einigen können und wo noch Differenzen bestünden, die noch weiter geklärt werden müssten. Ebenso wurden die anderen teilnehmenden Organisationen aufgefordert, selber aktiver ihre Positionen darzustellen und einzubringen und des weiteren nicht nur mit Delegierten am Seminar teilzunehmen, sondern breiter dafür zu werben, um die Diskussion unter allen Marxisten-Leninisten zu vertiefen.

* * *

Korrespondenz:

Bundesweite Montagsdemonstration in Berlin

An demselben Wochenende fand auch die 7. Herbsdemonstration gegen Hartz-IV bzw. die Regierung statt, an der sich die Seminarteilnehmer vor Beginn des Seminars beteiligten. Zwei Demonstrationzüge setzten sich vom Prenzlauer Berg und von Neukölln aus in Bewegung und trafen sich zur Abschlußkundgebung auf dem Alexanderplatz. Die Veranstalter sprachen anschließend von ca. 7000 Teilnehmern trotz schlechten Wetters, die sich allerdings auf dem Alexanderplatz etwas verloren.

Während der Demonstrationen und bei der Abschlußkundgebung verteilten AZ und KPD/ML ein gemeinsames Flugblatt - auch die KPD (Roter Morgen) verteilte ein Flugblatt. AZ hatte mit einem Vertreter an den Vorbereitungen der Demonstrationen mitgearbeitet und auch den Aufruf mitunterzeichnet. Ihr war von den übrigen Mitveranstaltern ein fünfminütiger Redebeitrag auf der Abschlußkundgebung zugesagt worden - doch davon war dann auf einmal keine Rede mehr. So weit wir das beurteilen können, ließen die Hauptveranstalter nur "ihre" Vertreter zu Wort kommen. Das angeblich "offene" Mikrofon wurde z.B. abgedreht, als ein jugendlichen Arbeiter aus den "neuen Bundesländern" seiner Empörung über die Zustände in Deutschland mit sehr drastischen Worten zum Ausdruck brachte - die Wortwahl war den Organisatoren wohl nicht antiseptisch genug... Es war ein Erfolg, daß mehrere Tausend Menschen auf die Straße gingen und sich auch vom Dauerregen nicht davon abhalten ließen, ihre Empörung gegen die Politik der Kapitalisten und ihrer Regierung zum Ausdruck zu bringen. Wenn in China eine Handvoll sogenannter Dissidenten gegen die dortige Regierung protestiert, sind bei uns die Medien voll davon. Wenn in Deutschland einige Tausend Dissidenten gegen den Kapitalismus demonstrieren, erfährt der Normalbürger aus den Medien nichts darüber. So auch diesmal. Eine Passanten war empört darüber, daß sie vorher nichts über die geplante Demo erfahren hatte - ich beruhigte sie: "Warten Sie ab, hinterher werden Sie auch nichts erfahren!" So war es dann auch... "Was wirklich wichtig ist, steht nicht in der Zeitung." (Kurt Tucholsky)



Die Demagogen



CDU-Kandidat Reiner Haseloff will 2011 Ministerpräsident in Sachsen-Anhalt werden: "Dennoch: Dieses System der sozialen Marktwirtschaft bietet den höchsten Wohlstand, den die Menschheit je hatte" "DDR-Lebensstandard, der – verglichen mit heute – oft noch unter Hartz-IV-Niveau lag" (Zitat: MD-Volksstimme, 23.09. 2010)

Warum es nur 16,5 Cent am Tag mehr Hartz gibt!

Das nennt man heute "Teilhabe": Von der Leyens Erhöhung reicht gerade mal für ein angebissenes Brötchen



Der kapitalistische Staat ist immer eine Diktatur der Bourgeoisie

Der Staat entsteht mit der Teilung der Gesellschaft in Klassen, die auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln vor sich geht. Erst dann, wenn es Ausbeuter und Ausgebeutete gibt, wird für die besitzende, ökonomisch herrschende Klasse ein besonderer Machtapparat notwendig. Er dient der systematischen Gewaltanwendung gegen die Ausgebeuteten, um sie niederzuhalten. Der Gewaltapparat: Armee-Bundeswehr-BND-MAD-VS-BStU-BKA-Geheimdienst, Bundespolizei, Polizei, Beamte, Richter, Gefängnisse, Ministerien, Behörden, Verwaltungen, CDU-NPD-FDP-SPD-DVU-CSU-Staatsparteien etc., Arbeitsagenturen usw. werden als BDI-BDA-Machtmittel eingesetzt, um der ökonomisch herrschenden Klasse die für sie vorteilhaftesten Produktions- und politischen Verhältnisse zu sichern, die ihre Klassengegner in Schach halten.

"Der Staat entsteht dort, dann und insofern, wo, wann und inwiefern die Klassengegensätze objektiv nicht versöhnt werden können. Und umgekehrt: Das Bestehen des Staates beweist, dass die Klassengegensätze unversöhnlich sind." (W. I. Lenin: Staat und Revolution. In: Werke, Bd. 25, S.

399.)

Mit dieser Feststellung brachte Lenin in seinem Werk "Staat und Revolution" das Klassenwesen des Staates klar zum Ausdruck. Davon ausgehend, muss man bei der Bestimmung des Klassencharakters eines bestimmten Staates stets fragen: Welches sind die herrschenden Produktions- und Eigentumsverhältnisse? Wem gehört in diesem Staat die ökonomische Macht? Welche Klasse hat die politische Macht? In wessen Händen befindet sich also der Staat?



Nachlaß

Bei einer Versteigerung erstand ein braver Bundesbürger die Bilder von Westerwelle und Merkel. Seine Frau war entsetzt:

"Was sollen wir damit machen?" jammerte sie, "wir sind doch ein anständiges Haus!"

"Ach," sagte der Bundi, "das ist nicht so schlimm. Die beiden haben uns so oft geholfen - das machen wir so: den Westerwelle stellen wir an die Wand und die Merkel hängen wir auf!"



20 Jahre Anschluss



Eine, in der damaligen Zeit, eher unauffällige Randfigur diktiert uns heute folgendes frech ins Geschichtsbuch:

“Natürlich haben wir viele blühende Landschaften, inzwischen sind Dinge geschehen, die haben wir überhaupt nicht für möglich gehalten” und “Wenn wir heute mit ein wenig Abstand auf die Ereignisse in den Jahren 1989 und 1990 schauen, dann stellen wir fest: Es handelte sich bei den damaligen Geschehnissen nicht um etwas Vergangenheitsbezogenes, nicht etwa um ein Ereignis, das eine Epoche abgeschlossen hat. Es handelte sich vielmehr um den Beginn einer neuen Zeit ...” (Angela Merkel, Demokratischer Aufbruch/CDU)

In die Vereinigung Demokratischer Aufbruch (DA) ist Angela Merkel bei wohl vollem Bewusstsein und in Kenntnis der Gründungspapiere im Herbst 1989 eingetreten. Aus den Gründungspapieren des Demo-

kratischen Aufbruchs (DA): Aufruf zum Demokratischen Aufbruch vom 2. Oktober 1989: “Wir wollen neu lernen, was Sozialismus für uns heißen kann.” Resolution des Demokratischen Aufbruch vom 29. Oktober 1989: “Wir fordern ...: 2. Eine gesamtgesellschaftliche Diskussion über die Grundwerte und Ziele eines wirklichen demokratischen Sozialismus.”

Programmatische Erklärung des Demokratischen Aufbruch vom Oktober 1989: “Das besondere Verhältnis der DDR zu seinen östlichen Nachbarn, geprägt durch die Kriegs- und Nachkriegsgeschichte, bedeutete für den DA die Verpflichtung zum Antifaschismus und zum Antimilitarismus. ... Die kritische Haltung des DA zu vielen Erscheinungen des real existierenden Sozialismus bedeutet keine grundsätzliche Absage an die Vision einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. ... Die wirklichen und gelungenen sozialistischen Lösungen in der DDR müssen daher diskutiert, bewahrt und weiterentwickelt werden. ... Das politische Ziel ist eine demokratische, soziale und ökologische Gesellschaft in der Fortführung der sozialistischen Tradition.”

(http://www.ddr89.de/ddr89/inhalt/ddr_da.html)

Der “Demokratische Aufbruch” verschwand: Am 5. Februar 1990 gründeten die CDU-Politiker Kohl, Seitzers und Rühle (alles Politiker der Bundesrepublik Deutschland) das Wahlbündnis “Allianz für Deutschland” (zwischen der DDR-CDU, dem DA und der DSU) für “die ersten freien Wahlen in der DDR”. Was für eine Selbstverleugnung bei den DDR-Adepten im Jahr 1990 ebenso wie im Jubiläumsjahr 2010!

„Wir haben nicht gegen die SED-Bonzen gekämpft, um zum Armenhaus Deutschlands zu werden“



Ein Ergebnis der revisionistischen Politik der SED:

Das Ende der DDR

4. November 1989: 500.000 bis eine Million Menschen versammeln sich auf dem Alexanderplatz, im Zentrum von Ost-Berlin.

Die Angst vor der Staatsmacht ist verflogen, überall wird offen geredet. Eine hoffnungsvolle und optimistische Stimmung herrscht in der DDR 1989.

Um 11:25 Uhr wird die Kundgebung am Alex eröffnet. Die Menschen werden still. Dann hallt über dieses riesige Menschen- und Transparentenmeer eine Frauenstimme: "Liebe Kollegen und Freunde, Mitdenker und Hierbleiber! Wir, die Mitarbeiter der Berliner Theater, heißen Sie herzlich willkommen. Die Straße ist die Tribüne des Volkes. Überall dort, wo es von den anderen Tribünen ausgeschlossen wird. Hier findet keine Manifestation statt, sondern eine sozialistische Massendemonstration."

So eröffnete Marion van de Kamp die größte Demonstration des Herbstes 1989 in der DDR. Kaum waren diese Worte verhallt, setzte ein riesiger Applaus ein.

Heute sagen die Apologeten des Kapitalismus, dass es 1989/1990 für die Entwicklung der DDR keinen anderen Weg mehr gab als die Wiedervereinigung mit der BRD und die Einführung der "Marktwirtschaft" in Ostdeutschland.

Die zu diesem Zeitpunkt größte und prominenteste Oppositionsgruppe, Neues Forum, gab am 1. Oktober 1989 eine Erklärung mit folgendem Inhalt ab: "Für uns ist die ‚Wiedervereinigung‘ kein Thema, da wir von der Zweistaatlichkeit Deutschlands ausgehen und kein kapitalistisches Gesellschaftssystem anstreben." Einer ihrer führenden Köpfe, der Professor Jens Reich, äußerte in einem Interview mit der westdeutschen Frankfurter Rundschau am 15.11.1989, "dass die Mehrzahl unserer Anhänger gegen eine kapitalistische Gesellschaft ist. Sie hätten lieber einen Wiederaufbau, eine Reform des Sozialismus, so dass er für die Mehrheit der Bevölkerung akzeptabel ist".

Und selbst die rechtere Oppositionsgruppe "Demokratischer Aufbruch - DA", die sich später der CDU anschloss, verlautbarte am 2. Oktober, jetzt würden "Reform und Erneuerung des sozialisti-

schen Systems in der DDR unvermeidlich."

Mit keinem Wort und auf keinem Transparent wurden bei den Leipziger Montagsdemonstrationen im Oktober und der Berliner Massenkundgebung am 4. November 1989 die Abkehr vom sozialistischen Ideal und der Anschluss an die BRD verlangt.

Ein Stasi-Offizier gab am Beispiel Leipzig später zu Protokoll: "Am 9. Oktober überstieg ja erstmals die Zahl der Demonstranten alles, was man erwartet hatte. Selbst das, was wir nach den Berliner Ereignissen (die Demonstrationen am 7. Oktober - RS-Red.) im Ministerium für Staatssicherheit erwartet hatten, wurde auf eine eindrucksvolle, für uns damals beängstigende Art und Weise übertroffen. Noch nie sah man in der DDR so viele Menschen mit einer so eindeutigen Ausrichtung gegen das Herrschaftssystem."

Nachdem die Massen spürten, dass "die Fenster aufgestoßen (wurden) nach all den Jahren der Stagnation, der geistigen, wirtschaftlichen, politischen, den Jahren von Dumpfheit und Mief, von Phrasengedresch und bürokratischer Willkür" (Stefan Heym Rede. 4. November 1989), fingen sie an, Initiative zu ergreifen. Unzählige ‚Initiativen zur Initiative zur Gründung einer Initiative‘ entstanden.

Wie Pilze nach dem Regen bildeten sich nicht nur die Oppositionsgruppen, sondern auch in den Betrieben entstanden unabhängige Initiativen. Im Rostocker Klinikum bildete sich beispielsweise ein "Klinikrat", wo sich Ärzte, Schwestern und Pfleger zusammenschlossen, weil sie "ein(en) Vertrauensverlust der Mitarbeiter zur Betriebs-, Gewerkschafts- und Parteileitung" feststellten. Ähnliche Entwicklungen gab es in vielen Betrieben und Einrichtungen. Vielerorts gab es Initiativen zur Gründung von Betriebsräten. Doch auch unabhängige Gewerkschaften entstanden, so zum Beispiel südlich von Berlin, beim LKW-Hersteller "IFA".

Aber nicht nur in den Betrieben wurden die Leute aktiv. Schüler und Studierende gründeten ebenfalls Rätestrukturen.

Neben diesen unmittelbaren Komitees und Initiati-

ven bildeten sich in vielen Städten unzählige Bürgerkomitees (zur Aufdeckung von Korruption, Machtmissbrauch, gegen die StaSi). Und schließlich entstanden in vielen Städten sogenannte Ortsräte, wo sich EinwohnerInnen zusammen taten, um lokale Entscheidungen mit zu gestalten.

Fast alle Zutaten für einen “erneuerten Sozialismus” waren vorhanden. Es ging um die Demokratisierung der DDR-Gesellschaft und die Beibehaltung der “volkseigenen” Betriebe.

Diese Haltung ist mit ein Grund, warum im Herbst/Winter 89/90 kaum gestreikt wurde. Die Belegschaften wollten “ihre” Betriebe und “ihre” Wirtschaft als Ganzes nicht noch mehr schädigen. Es ging nicht um die Einführung von Privateigentum an Produktionsmitteln, Marktkonkurrenz und Profitmaximierung – das war nicht Teil der von den Volksmassen, den Initiativen und Oppositionsgruppen geäußerten Wünsche und Forderungen.

Die Massen betraten die Bühne der Geschichte, brachen ihr Schweigen und fingen an, erste Initiativen der Selbstorganisation zu entwickeln. Die Herrschenden gerieten in die Defensive und wankten - doch wer hätte sie stürzen können? Und wie hätte eine “erneuerte” Gesellschaft aussehen sollen?

Ein revolutionäres Programm für die DDR existierte 1989/90 nicht!

Die Massenbewegung in der DDR prangerte Privilegien und Korruption an, die Allmacht der herrschenden SED-Bürokratie wurde in Frage gestellt und demokratische Diskussionen über Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft wurden eingefordert. Es gab Ansätze zur Selbstorganisation der Werktätigen.

Doch fehlte eine marxistisch-leninistische Partei in der DDR. Bekanntlich wurden die KPD/Sektion DDR durch die Stasi Anfang der 80er Jahre zerschlagen und ein Neuaufbau verhindert. 1989/90 existierte somit keine ML-Partei, die aus dem Zusammenbruch des revisionistischen Systems eine sozialistische Perspektive hätte entwickeln können.

Der überwiegenden Mehrheit der bisherigen DDR-Opposition, die aus Intellektuellen- oder Künstlerkreisen kam und keine Orientierung auf die Arbeiterklasse hatte, fehlte der Zugang zur Arbeiterklasse. So sah sie ihre Rolle eher darin, Druck auf die weiterhin herrschende SED zu machen.

Die DDR-Opposition hatte weder konkrete Konzepte noch wirklich charismatische Persönlichkeiten, die sie hätten vermitteln können. Stefan Heym resümiert das Dilemma folgendermaßen: “(...) die Revolution wurde von Leuten ohne Konzeption gemacht, von Dilettanten. Im Grunde hätte es in dieser Situation eines neuen Lenin bedurft, wobei ich allerdings nicht unbedingt an den Lenin der politischen Theorien denke, sondern an den Mann, der eine politische Konzeption besaß, die er klar zu formulieren wusste. Dann wäre die Geschichte anders verlaufen. Wir dagegen hatten niemanden - niemanden jedenfalls von diesem Schlag. Einen de Maizière hatten wir, der auch noch unter Druck stand, und einen Krause ... Gott helfe uns! Damit ist die DDR dann wirklich zu Pott gegangen.”

Wenn ein Kern ausgebildeter, organisierter und in der Arbeiterklasse verankerter Marxisten-Leninisten an der Spitze der Oppositionsbewegung gestanden hätte, hätten de Maizière und Krause möglicherweise niemals die DDR an den kapitalistischen Westen ausverkaufen können. Dann sähe die Welt heute vielleicht anders aus. Denn eine erfolgreiche antirevisionistische und tatsächlich sozialistische Revolution in der DDR hätte der Welt ein anderes Antlitz gegeben.

“Der Sozialismus in der DDR wurde 1989 von der Konterrevolution” beseitigt. Noch heute vertreten diese Ansicht eine Reihe von politischen linken Organisationen/Parteien. Die Wirren und die Konfusion über den Sozialismus sind noch immer allgegenwärtig. 1989/90 war dies ein Hauptgrund, um in den westdeutschen Staat als DDR aufzugehen!

Wie die Treuhand die DDR verkaufte

Die Frage der Anteilsscheine

Am Runden Tisch forderte Wolfgang Ullmann mit fester Stimme “die umgehende Bildung einer Treuhand-Gesellschaft zur Wahrung der Anteilsrechte der Bürger mit DDR-Staatsbürgerschaft am Volkseigentum der DDR”. Das ist am Vormittag des 12. Februar 1990. Am Runden Tisch in Ost-Berlin, von dem aus zu jener Zeit die DDR regiert wird, gibt es keinen Widerspruch gegen den Vorschlag Ullmanns, der als Mitbegründer von “Demokratie Jetzt” in dieser Runde und als Minister ohne Geschäftsbereich zugleich in der Regierung Modrow sitzt. Alle Oppositions- wie Regierungsvertreter sind von der Notwendigkeit einer Institu-

tion überzeugt, die zunächst einmal das Volksvermögen in der DDR vor dem Zugriff gieriger Westkonzerne schützen und dann per Anteilschein an die DDR-Bevölkerung verteilen soll.

Pläne für einen Weg, auf dem das Volksvermögen der DDR in die Hände des Volkes gelangen sollte, hatte sich Theologe Ullmann von Schweizern entwickeln lassen. Berater der eidgenössischen Firma "Management + Future" empfahlen, die riesigen Kombinate in viele lebensfähige kleine Unternehmen aufzuteilen, an denen die Arbeitnehmer dann eine Mehrheitsbeteiligung übernehmen sollten.

Ihre Grundstücke sollten diese Firmen verkaufen dürfen, weil sie dringend Bargeld brauchten. Zur Modernisierung der Maschinen und zur Erschließung neuer Märkte sollten dann Investoren aus der ganzen Welt mit ihrem Kapital herzlich eingeladen sein. Das biete den Vorteil, schrieben die Schweizer Sozialromantiker in ihre Vorlage für Ullmann, "daß dem Ausverkauf der DDR ein Riegel vorgeschoben ist, weil die Mehrheit immer im Besitz der Bevölkerung bleibt".

Sogar der Entwurf eines Anteilscheines wurde damals angefertigt.

Fast parallel zum Vorstoß am Runden Tisch legte Modrows Staatssekretär Wolfram Krause, Leiter der Gruppe Wirtschaftsreform, einen Plan zur "Gründung einer Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums" vor. Denn niemand bestritt, und sogar im Westen galt das als politisch machbar, daß dieses DDR-Volk einen Anspruch auf sein "Vermögen" hatte - jetzt, da die "Firma DDR" zusammenbrach und der Besitz verteilt werden konnte.

"Die Treuhandanstalt soll sich am "Modell einer Nachlaßverwaltung eines Erblassers zugunsten der legitimen Erbberechtigten orientieren", trägt Ullmann am Runden Tisch vor. Selbstverständlich dürften Kompetenzen und Aufgaben nur durch die neu gewählte Volkskammer oder später durch Volksentscheide der Bürger in den Ländern der ehemaligen DDR definiert werden.

Auch der Bonner Sachverständigenrat plädiert dafür, die DDR-Bürger zu Anteilseignern ihrer Betriebe zu machen - allerdings nicht durch eine Art Erbvertrag, sondern durch Verkauf.

Warum soll das Volk eigentlich kaufen, was ihm vermeintlich schon immer gehört hat, halten alte "Sozialisten" wie auch Bürgerrechtler dagegen.

Klein-Kapitalist zu werden ist ja gut und schön - aber doch nicht durch die Hergabe von Ersparnissen.

Ullmann bleibt bei den Anteilscheinen: Noch ein Jahr später, als von der DDR nur noch die Treuhandanstalt übrig geblieben ist, bohrt er als Abgeordneter in Bonn nach und fordert, was seinem Volk versprochen worden war: Anteilscheine. Die Rede war von 40.000 Mark für jeden DDR-Bürger, ob Kind oder Greis.

Die verlogene Antwort des damaligen Parlamentarischen Staatssekretärs Manfred Carstens aus dem Wirtschaftsministerium: "Erst nach Vorliegen der Bestandsaufnahme und nach Kenntnis der für die Strukturanpassung in den neuen Bundesländern anfallenden erheblichen Kosten kann beurteilt werden, ob es möglich ist ... ein verbrieftes Anteilsrecht einzuräumen."

Horst Schiesser, ein West-Berliner Großbäcker, der 1986 den Gewerkschaften die zusammengebrochene Neue Heimat für eine Mark abgekauft und dann für 20 Millionen Mark wieder zurückgegeben hatte, läßt über zwei Abgeordnete der konservativen DSU anfragen, ob man denn die gesamte DDR bei dieser geplanten Treuhandanstalt kaufen könne. Er bietet 713,1 Milliarden Mark und die Garantie, Anteilscheine ans Volk zu verkaufen und die Arbeitsplätze in den Kombinat und Betrieben zu sichern.

Schiessers Firma für das alle Dimensionen sprengende Geschäft hat den schönen Namen "Vorteil" und ist in Luxemburg angemeldet.

Am 15. März 1990, drei Tage vor den ersten "freien" Volkskammer-Wahlen, beschließt der DDR-Ministerrat unter Führung Modrows das Statut der Treuhandanstalt. Hierin "wird die Möglichkeit vorgesehen, den Sparern zu einem späteren Zeitpunkt für den bei der Umstellung von Mark der DDR auf D-Mark im Verhältnis 2:1 reduzierten Betrag ein verbrieftes Anteilsrecht am volkseigenen Vermögen einzuräumen".

Die angeblichen "Treuhand-Erlöse aus Privatisierungen" betrug bis Ende 1994 rund 60 Mrd. DM. Ihnen standen Ausgaben von weit über 350 Mrd. DM gegenüber. Soweit die "offiziellen", nicht nachprüfaren Zahlen.

Nachdem Ausverkauf der Beute DDR durch das westdeutsche Monopolkapital über die Treuhand wurde die Forderung nach Anteilsanscheine in die Versenkung begraben.

Was wissen Sie über die DDR?

Am 3. Oktober 1990 hörte nach knapp 41 Jahren die Deutsche Demokratische Republik auf zu existieren. Immer wieder werden "Wissenstest" über die DDR durchgeführt. Die Fragen werden so gestellt, dass durch die provozierten Antworten über die DDR ein verzerrtes Bild entsteht zwischen einer Art Ostalgie und einseitiger Dämonisierung. Fragen über die Lebenssituation kommen kaum vor.

Die "zweite Lohntüte", also die Subventionen, die den Werktätigen unmittelbar zugute kamen, darüber herrscht Schweigen.

Für eine Neubauwohnung betrug z.B. die Miete 70 Mark einschließlich aller Nebenkosten – der Begriff war in der DDR allerdings unbekannt – wie Warmwasser, Heizung, Müllentsorgung usw. Das Gesundheitswesen war kostenlos, Medikamentenzuzahlungen waren unbekannt. Krankenhausaufenthalt, Kuren waren ebenfalls kostenlos. Ferienplätze waren preiswert, Kinderferienlager z.B. 14 Mark, einschließlich Fahrt und Verpflegung. Die steuerliche Belastung war vergleichsweise gering, für die Kranken- und Rentenversicherung mussten insgesamt 10 Prozent (maximal 60 Mark bzw. 120 Mark bei freiwilliger Zusatzrentenversicherung) abgeführt werden. Eine Arbeitslosenversicherung existierte nicht, sie war auch nicht notwendig. Ein Fabrikarbeiter im Schichtdienst konnte mit Zulagen in Ost-Berlin aber auch Spitzenverdienste von etwa 1.400 Mark erzielen. 25,00 Mark Monatsmiete für 40-m²-Altbauwohnung mit Ofenheizung. Tatsächlich betrug die Miete aber 130,00 M. Die fehlenden 105,00 wurden aus der "Zweiten Lohntüte" bezahlt. Oder: Ein Straßenbahnfahrtschein kostete 0,15 M. Aus der "Zweiten Lohntüte" kamen dann noch 0,70 M hinzu.

Hier noch einige Preisbeispiele aus der DDR:

0,05 M ein kleines Brötchen
 0,08 M eine Kilowattstunde Elektroenergie
 0,10 M bis 0,15 M eine Tageszeitung
 0,20 M Porto für einen Brief bis 20 g im Inland und in das sozialistische Ausland
 0,34 M eine Flasche Vollmilch (0,5 l, 2,2 % Fettgehalt)
 0,35 M Porto für einen Brief bis 20 g in das "nichtsozialistische Ausland"
 0,42 M eine Flasche Club-Cola (0,33 l)
 0,48 M eine Flasche Vollbier (0,33 l)
 0,78 M 1,5 kg Roggenmischbrot
 3,20 M eine Schachtel (20 Stück) Filterzigaretten der üblichen Marken (F6, Semper oder Cabinet)
 19,00 M eine Fahrkarte der Deutschen Reichsbahn über 200 Kilometer im D-Zug

Soweit einige Beispiel über Subventionen in der DDR, die der Bevölkerung zugute kamen. Darüber herrscht aber in der offiziellen bürgerlichen Propaganda heute weitgehend Schweigen.

Über Mängel und Qualitätsprobleme wird immer wieder geredet. Mit Recht! Mit dem Übergang der DDR in eine revisionistische Übergangsgesellschaft kam es zu Verschlechterungen, ja zum schleichenden Abbau der Sozialstandards. So kam es z.B. mit der faktischen Einführung der West-Mark in der DDR als 2. Währung zu einer verheerenden Verschlechterung der Lage der Mehrheit der Menschen in der DDR.

Ein Großteil von den tatsächlichen Errungenschaften wurde in den Anfangsjahren der DDR eingeführt, d.h. in der Phase des Aufbaues des Sozialismus.

Diese sozialpolitischen Maßnahmen können aber nur in einer sozialistischen Gesellschaft wirksam sein. Bereits mit der Entartung der DDR wurden diese Maßnahmen immer wieder in Frage gestellt und oftmals verschlechtert. Für einen erneuten Anlauf zu einer sozialistischen Gesellschaft können wir auf eine reichhaltige Erfahrung, ein Wissen zurückgreifen. Und dieses liegt in der Geschichte der DDR.

Weiterführende Literatur ist auf der HP der KPD/ML zu finden: (<http://www.kpd-ml.org>)

[PDF] Studienmaterialien: Die Aufbaujahre der DDR (Dokumente und Materialien aus der Zeit 1945-1954)

[PDF] Studienmaterialien DDR 2: Sozialismus, Kommunismus, Revisionismus

[PDF] Wie die DDR zur BRD kam - Neue 3. erweiterte Fassung

[PDF] Hat der Sozialismus Zukunft? Wann und warum der Sozialismus in der SU scheiterte (*Band 1*)

[PDF] Hat der Sozialismus Zukunft? Eine kontroverse Diskussion über den Sozialismus (*Band 2*)

Abschließend noch ein "kleiner Einblick", wie in der heutigen BRD spielend einseitiges "Wissen" vermittelt werden soll:

Mauerquiz - Quizkarten rund um die Berliner Mauer - Geschichte zum Spielen

Wir flohen mit Volldampf in die Freiheit

DDR-Flucht-Serie (4)

Ich durchbrach mit dem Wartburg den Grenzzaun

DDR-Flucht-Serie (3)

Auf einer Luftmatratze über die Elbe

DDR-Flucht-Serie (2) Im selbst genähten Ballon in die Freiheit

DDR-Flucht-Serie (1)

Aufruf zum Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 9.1.2011 in Berlin:

In der 1916 erschienenen Junius-Schrift schrieb Rosa Luxemburg, unter den gegebenen Umständen sei das Finanzkapital "zu einer geschlossenen Macht von größter, stets gespannter Energie zusammengepresst, zu einer Macht, die, gebieterisch schaltend und waltend in Industrie, Handel und Kredit ... gleich ausschlaggebend in Privat- wie in Staatswirtschaft, schrankenlos und sprunghaft ausdehnungsfähig, immer nach Profit und Betätigung hungernd, unpersönlich, daher großzügig, wagemutig und rücksichtslos, international von Hause aus, ihrer ganzen Anlage nach auf die Weltbühne als den Schauplatz ihrer Taten zugeschnitten war ... Dieser junge, kraftstrotzende, von keinerlei Hemmungen mehr beschwerte Imperialismus ... musste sehr rasch zum unberechenbaren Faktor der allgemeinen Beunruhigung werden."

Knapp 95 Jahre sind seither vergangen. Mit welchen Attributen wir den heutigen Imperialismus auch beschreiben: Von Hemmungen ist er weniger denn je beschwert und ein unberechenbarer Faktor ist er wie nie zuvor. Globale Wirtschafts- und Finanzkrisen produzieren Kriegsgefahren als vermeintlichen Ausweg aus der Misere. Fidel Castro spricht von einer Welt, die sich "in ihrer bislang gefährlichsten Phase" befindet.

Er habe, so Castro vor Studenten, nicht die geringsten Zweifel, dass die Antwort des Iran auf eine Attacke in einem globalen Atomkrieg enden werde, den niemand kontrollieren könne.

Der Iran darf nicht zum Ausgangspunkt eines atomaren Weltbrandes werden. Gehen wir am 9. Januar 2011 gegen den Krieg auf die Straße. Demonstrieren wir gegen jegliche direkte und indirekte Kriegsbeteiligung Deutschlands, gegen alle aggressiven Bestrebungen der EU und der NATO, gegen horrenden Rüstungsausgaben und mörderische Rüstungsexporte. Fordern wir den sofortigen Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

Wehren wir uns gegen die von keinerlei Hemmungen gebremsten, politisch organisierten Folgen der Profitmaximierung im Kontext mit der seit 1945 größten Weltwirtschafts- und Finanzkrise: Gegen die Privatisierung der Gewinne und die Vergesellschaftung der Verluste. Der Kapitalismus bringt der Menschheit unermessliches Leid - vor allem in der Dritten Welt. Voller Hoffnungen blicken wir auf die fortschrittlichen Bewegungen Lateinamerikas und auf das sozialistische Kuba. Unsere ausdrückliche Solidarität gehört dem palästinensischen Volk und der israelischen Friedensbewegung. Wir wenden

uns gegen alle neokolonialistischen Machenschaften, gegen die hemmungslose Ausbeutung, insbesondere des afrikanischen Kontinents.

Demonstrieren wir gegen die Entwürdigung von Millionen Menschen auch hierzulande: Entwürdigung durch Arbeitslosigkeit, durch den grassierenden, die Ärmsten und Schwächsten am meisten betreffenden Sozialabbau, Entwürdigung durch die Verstetigung von Bildungsschranken und durch den stetig wachsenden Abbau bürgerlicher Freiheitsrechte. Wehren wir uns gegen alle Bestrebungen der Nazis, aus sozialem Zündstoff politischen Gewinn zu ziehen. Wir stehen gegen Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Nationalismus. Dem Antifaschismus, der internationalen Solidarität und dem Humanismus fühlen wir uns unbedingt verpflichtet. Wir - Linke unterschiedlicher Strömungen - werden am 09. Januar 2011 im Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht unsere Standpunkte und Forderungen friedlich bekunden. Wir rufen zu einem breiten Bündnis auf!

* * * * *

Die KPD/ML wird sich auch im Januar 2011 - wie schon seit vielen Jahren - an den Gedenkfeierlichkeiten an Rosa und Karl beteiligen.

Erinnerungen an Irma Gabel-Thälmann

von Hosteni

Am 6. November 1919 wurde in Hamburg Irma Thälmann geboren, Tochter des Arbeiterführers und KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann. Als 25jährige wurde sie von den Faschisten verhaftet und ins KZ Ravensbrück verbracht. Im Jahre 1945 wurde sie durch die Rote Armee befreit. In



der DDR übte sie vornehmlich ehrenamtliche Tätigkeiten aus. Ihre Arbeit und ihre ganze Liebe galt den Kleinsten des Landes, den Kindern, den Pionieren der Republik. In einem Kinderbuch "Erinnerungen an meinen Vater" hat sie über ihre Kindheit in der Weimarer Republik und ihr Leben mit Vater "Teddy" geschrieben.

Nach 1990 wurde sie wieder politisch aktiv. War ihr Leben bis dahin eines im "goldenen Käfig", wie sie sich einmal ausdrückte, "erwachte" sie nach dem Anschluß der DDR an Westdeutschland: das Wüten des Kapitalismus, das Niederwalzen der Industrie, Landwirtschaft usw. schmerzte sie zutiefst. Die Zerstörung von Wohnungen, Polikliniken und ihrer geliebten Kindergärten wollte sie nicht tatenlos zusehen.

Die Lügen über ihren Vater brachten sie zu Weissglut. Ihre Wohnung machte sie zum Museum für Teddy. Sie schloss sich Anfang der 90er Jahre einer Organisation an, die den Namen "KPD-Rote Fahne" trug - gegründet in der DDR von DDR-Bürgern, die im Staatsapparat gearbeitet hatten bzw. aus der SED kamen. Hier glaubte sie ihre Heimat gefunden zu haben. Die Biographien der Leute waren ihr vertraut. Doch diese Partei wurde am "grünen Tisch" gegründet und nicht im Klassenkampf geboren.

Es bestanden keine Verbindungen zu den Werk-

tätigen. Ihre Mitglieder verbanden nur ihre DDR-Biographien. Eine theoretische Aufarbeitung des Sozialismus war nicht vorhanden, geschweige denn die Aufarbeitung der Frage, wie es zum Zusammenbruch kommen konnte.

Irma arbeitete aktiv in dieser Orga-

nisation und glaubte an sie. Doch es kamen Zweifel auf. Sie durchschaute allmählich den Verein, seine führenden Kräfte. Die Widersprüche verschärften sich.

Andere Organisationen traten auf den Plan und versuchten, Irma für sich zu gewinnen. Zeitweilig machte die MLPD mit ihrem Namen Reklame für sich und es schien, als sei sie bereits Mitglied. Weit gefehlt! Die KAZ probierte dasselbe.

In Irma erwachte langsam – sehr langsam – ihr Klasseninstinkt. Hinter den bombastischen Reden verbargen sich nur allzu oft Phrasen. Sie trennte sich von vielen "guten Genossen". In dieser Zeit der Erkenntnis lernte ich Irma Gabel-Thälmann kennen.

Ich diskutierte mit ihr viel und ausführlich über die Vergangenheit und Gegenwart. Wir vereinbarten eine gemeinsame politische Arbeit. Im Zusammenhang mit den Kämpfen der Kolleginnen und Kollegen des Thälmannwerkes in Magdeburg führten wir eine Solidaritätsveranstaltung durch. Irma war darüber sehr begeistert, sagte zu und kam. Sie lernte die Internationale Jugend kennen und war erfreut von deren Einstellung und Aktivitäten. Im Laufe der Jahre entwickelte sie ein inniges Verhältnis zu dieser revolutionären Jugendorganisation. Wann immer ich sie traf, war ihre Frage: "Und was macht die IJ?"



Das Thälmannwerk in Magdeburg nach der "Befreiung" durch die westdeutschen Kapitalisten...

Soweit es uns möglich war und sie es gesundheitlich durchstehen konnte, arbeiteten wir zusammen. Zum 80igsten Jahrestag der Gründung der KPD wollte sie unbedingt nach Magdeburg kommen. Ihr Gesundheitszustand machte es aber nicht möglich. Ein Grusschreiben wurde von ihr verlesen und die über 200 Gäste applaudierten.

Wenige Monate vor ihrem Tod trafen sich Magdeburger IJ'ler noch einmal mit ihr zu einem Interview. Sie erzählte von ihrer Jugend, von der Lage der Arbeiterjugend, den Leiden, dem Hunger und Elend. Aber auch von der Solidarität unter ihnen, vom Kampfeswille. Die Zeit als Roter Pionier prägte ihren Charakter. Die kollektive Erziehung war für sie prägend. Doch nicht nur Politik, theoretisches Pauken bestimmten das Pionierleben. Spiel, Spass und Freude an der Natur waren Teil des Pionierlebens. Die Formung zum klassenbewußten Menschen erfolgt nun mal in der Praxis und nicht durchs Studieren. Sie kritisierte immer wieder die Aktivitäten der Pioniere in der DDR, den Hang, den Kinder eine künstliche Welt vorzugaukeln. Sie fand es immer absurd, wenn die Pioniere in der DDR sagten, "sie wollen wie Ernst Thälmann leben und so sein wie er". Das ist Unsinn, sagte sie. Die Formung eines Menschen geschieht im Leben in der Praxis und nicht durch irgendwelche "Treuesschwüre". Wo bleiben denn heute die Millionen "kleiner Thälmanns", fragte

sie einmal?

Dieses Interview mit ihr war wahrscheinlich auch ihr letztes. Für mich war es eines der bewegtesten in mein Leben. Ihr Augenleiden – grüner Star – hinderte sie immer mehr, noch aktiv zu bleiben.

Ihr Leben war nicht das einer "grossen Frau", die in der Politik glänzte. Sie war immer ein einfaches Mädchen und später Frau und Mutter. Sie hatte ein "proletarisches" Herz. Sie glänzte wahrlich nicht durch theoretisches Wissen, sicheres Zurechtfinden im ideologischen Durcheinander ermöglichte

ihr das richtige Klassengefühl. Lange Zeit erkannte sie auch nicht, dass sie missbraucht wurde. Ihr Klasseninstinkt (übrigens sprach auch Enver Hoxha davon, das dieser ihm half, die Chruschtschowianer erstmals zu erkennen) zeigte ihr aber letztlich, wer die wahren Freunde und Genossen sind. Am 10. Dezember 2000 verstarb Genossin Irma Thälmann in Berlin. Auf dem Friedhof der Sozialisten in Berlin ist sie beigesetzt.

Rot Front, Genossin Irma!

Impressum:

ROTER STERN

Zentralorgan der KPD/ML

Herausgeber:

ZK der KPD/ML (v.i.S.d.P.)

* * *

Kontakt zur Partei, zu Redaktion und Vertrieb:

Postfach 35 11 02

39034 Magdeburg

www.kpd-ml.org

und

kontakt@kpd-ml.org

Eigendruck im Selbstverlag

Rassistische Kampfschrift

Kommentar: Bundesbanker Sarrazin mobilisiert neue Mitglieder für faschistische Parteien

Die reaktionären Hetztiraden des Bundesbankvorstands und früheren Berliner Finanzsenators Thilo Sarrazin (SPD) haben mit dem Erscheinen seines Buches „Deutschland schafft sich ab“ einen neuen Höhepunkt erreicht. In diesem Buch „beschreibt“ Sarrazin laut offizieller Buchbeschreibung „die Folgen, die sich für Deutschlands Zukunft aus der Kombination von Geburtenrückgang, problematischer Zuwanderung und wachsender Unterschicht ergeben“ (Quelle: amazon.de).

Sarrazin malt ein Bedrohungsszenario für „Deutschland“ aus, das von einer wachsenden Anzahl „fauler“ Erwerbsloser, einer sinkenden Geburtenrate der Deutschen und – vor allem – den MigrantInnen türkischer und arabischer Herkunft ausgeht, die er zum Feindbild macht. Er schreibt ihnen von vornherein bestimmte negative genetische und kulturelle Eigenschaften zu, die sie prinzipiell von den „Deutschen“ unterscheiden und im Zusammenhang mit einer höheren Geburtenrate zum „Problem“ machen: „Demografisch stellt die enorme Fruchtbarkeit der muslimischen Migranten eine Bedrohung für das kulturelle und zivilisatorische Gleichgewicht im alternden Europa dar.“ (zitiert nach Tagesspiegel v. 25.08.). Ganz konkret seien „muslimische Migranten“ dümmere und faulere als Deutsche, lägen dem Staat mehr „auf der Tasche“ und brächten weniger „wirtschaftlichen Mehrwert“ ein. Der rassistische Gipfel war jedoch seine Bemerkung in einem Interview, dass unter anderem „alle Juden dasselbe Gen“ hätten.

Was ist das im Kern?

Sarrazin braucht sich gar keiner Begriffe wie „Volkschädling“ oder „Rassenreinheit“ zu bedienen, um deutlich zu machen, dass er ein kaum verhobelter Anhänger der faschistischen und rassistischen Theorie vom „gesunden Volkskörper“ ist, wie sie in ähnlicher Weise auch die Nazis vertreten haben. Dass Sarrazin Ausländer hasst, hat er bereits Anfang des Jahres mit seinen Äußerungen über „kleine Kopfruchmädchen“ deutlich gemacht.

In seinem Buch geht er nun so weit, ein politisches Programm auf der

Grundlage seines völkisch-nationalistischen Bedrohungsszenarios zu entwerfen. Darin finden sich u.a. Forderungen nach verschärfter Zwangsarbeit für Erwerbslose, dem Verbot des Kopfruchs an Schulen, der Verschärfung der „sprachlichen Voraussetzungen für den Erwerb der Staatsbürgerschaft“ und einer rigorosen Verschärfung des Zuwanderungsrechts, die u.a. in folgenden Zitaten zum Ausdruck kommt:

„Zusatz (der Ehegatten, Anm. d.Red.) ist nur möglich, wenn der in Deutschland lebende Ehegatte in den vorangegangenen drei Jahren seinen Lebensunterhalt ohne Inanspruchnahme von Grundsicherung bestreiten konnte. Der zuziehende Ehegatte hat für zehn Jahre keinen Anspruch auf Grundsicherung.“

„Für die weitere Zuwanderung gelten äußerst restriktive Bedingungen, die im Prinzip nur noch Spezialisten am obersten Ende der Qualifikationskala erfüllen. Wer über die Qualifikationsvoraussetzungen verfügt, die in Deutschland unter dem Stichwort „Green Card“ diskutiert werden, kann selbstverständlich auch aus einem muslimischen Land kommen. (wie großzügig!; Anm. d. Red.) Für die Aufnahme und Beherbergung von Illegalen werden empfindliche einkommensabhängige Geldstrafen festgesetzt, die auch zu Abschlägen bei der Grundsicherung führen. Ein fälschungssicherer biometrischer Ausweis hält den Aufenthaltsstatus fest. Für alle, die nicht deutsche Staatsbürger sind, wird eine zentrale Datenbank eingerichtet.“

(zitiert nach der Homepage des Tagesspiegel v. 25.08.2010)

Die Reaktionen

Oberflächlich betrachtet haben von

der SPD-Spitze bis hin zur Bundeskanzlerin und zu Roland Koch die meisten bürgerlichen Politiker Sarrazins Äußerungen mehr oder weniger empört zurückgewiesen. Dabei fällt allerdings auf, dass sich diese Unmutsäußerungen zumeist auf die Form von Sarrazins Äußerungen beschränken. Keiner von ihnen hat seine Aussagen jedoch wirklich inhaltlich zurückgewiesen. Die Kommentare der bürgerlichen Parteivertreter waren immer davon geprägt, neben aller Kritik zu betonen, dass es tatsächlich ein „Integrationsproblem“ bei Muslimen und das Problem der sinkenden Geburtenrate der Deutschen gebe. Diese Grundidee prägte auch die Berichterstattung in den Medien, in denen Sarrazin von Interview zu Interview und von Talkshow zu Talkshow gereicht wurde und in denen seine Thesen aufwendigen „Faktenchecks“ unterzogen wurden, um zumeist auf der Grundlage passender Statistiken das Ergebnis zu präsentieren, dass diese Thesen zwar übertrieben seien, jedoch einen „wahren Kern“ hätten. Es mehrten sich in den Fernsehbeiträgen die Stimmen dieser, die Sarrazin offen dafür gelobt haben, dass er endlich mal „unbequeme Wahrheiten“ ausgesprochen habe.

Es ist kein Wunder, dass die inhaltlichen Unterschiede zwischen dem rechten Hetzer Sarrazin und den sogenannten „bürgerlich-liberalen“ politischen Kräften letztlich verschwinden: Sie alle arbeiten für den deutschen Imperialismus. Sie alle arbeiten daran, die Gelder der öffentlichen Haushalte möglichst effizient wieder dem deutschen Finanzkapital und seinem weltweiten Kampf um Märkte und Ressourcen zunutze zu machen

anstatt sie für Hartz-IV-Empfänger und Ausländer zu „verschleiern“. Ihnen allen ist daran gelegen, dass sich die werktätige Bevölkerung in Deutschland trotz aller Angriffe auf sie mit dem Fortkommen der „deutschen Nation“ identifizieren und dazu gern Opfer zu bringen bereit sind. Und ihnen allen ist daran gelegen, diese werktätige Bevölkerung in Deutsche und Ausländer, Männer und Frauen, Junge und Alte, „Arbeitende“ und „Gammler“ u.v.m. aufzuspalten und gegeneinander zu hetzen, damit sie nicht auf die Idee kommen, wer ihre wahren Feinde sind, nämlich die Kapitalisten und ihre staatlichen Bediensteten. Die konkreten, oben zitierten Forderungen aus Sarrazins faschistischer Programmatik finden sich in der einen oder anderen etwas abgemilderten oder auch schärferen Variante in den meisten Programmen der Bundestagsparteien. Die große Verschärfung des Zuwanderungsrechts mit der Asylgesetzgebung 1993 war beispielsweise das gemeinsame Projekt von Kohl und Lafontaine.

Sarrazins Buch ist insgesamt als Testballon der deutschen Reaktion anzusehen, mit dem festgestellt werden soll, wie sehr eine offen rassistische Programmatik in der werktätigen Bevölkerung in Deutschland heute verfangt. Einen ähnlichen Versuch hatte es bereits vor einigen Monaten mit der früheren Tagesschau-Sprecherin Eva Hermann und ihrer „Mutterkreuz“-Ideologie gegeben.

Ganz offen kann sich übrigens die faschistische Partei „Pro NRW“/„Pro Deutschland“ über Sarrazins Offensive freuen. Diese Partei, deren inhaltliches Markenzeichen gerade die Hetze gegen den Islam und die Muslime in Deutschland ist, konnte sich nach dem Erscheinen des Buches über etliche neue Mitglieder freuen. Um Thilo Sarrazin wirbt sie offen und bietet ihm den Parteivorsitz an. Der will aber lieber in der SPD bleiben, denn man brauche, so Sarrazin, Volksparteien, in denen alle Meinungen akzeptiert würden.

-tb

Intelligenz - angeboren oder erworben?

Ein von einem "Faschisten in Nadelstreifen" inzwischen leider millionenfach verkauftes angebliches Sachbuch hat in den letzten Monaten einigen braunlastigen Schmutz aufgewirbelt. Der Autor ist uns ziemlich gleichgültig, doch wegen des Echos, das er in Form von zahlreichen Leserbriefen und sonstigen Meinungsäußerungen hervorgerufen hat, wollen wir auf eines der Themen hier eingehen. Diesen angeblich das "gesunde Volksempfinden" widerspiegelnden Äußerungen ist zu entnehmen, daß "Intelligenz" laut wissenschaftlichen Erkenntnissen angeblich zu 50 oder sogar zu 80 Prozent erblich sei. Dabei vertreten diese Volksempfindler offenbar die Auffassung, daß eine Person mit 80% angeborener Intelligenz einer anderen Person mit nur 50% angeborener Intelligenz von Natur her überlegen sei.

Verhaltensforscher unterscheiden zwischen angeborenem und erworbenem **Verhalten** (also nicht Intelligenz!). Es erscheint auf den ersten Blick von Vorteil, wenn alle Fähigkeiten, die ein Lebewesen in seinem Leben beherrschen muß, ihm angeboren sind - es braucht dann nicht erst lange zu lernen bzw. zu üben, sondern kann gleich richtig reagieren. Doch das ist nur auf den ersten Blick von Vorteil. Beim zweiten Blick stellt sich heraus, daß so ein Lebewesen auf eine geänderte Situation nur mit dem angeborenen Verhaltensmuster reagieren kann, also falsch. Es wäre für dieses Lebewesen von sehr großem Vorteil, wenn es **lernen** könnte - das setzt aber voraus, daß das Verhalten nicht angeboren ist. Der Mensch ist eine Art, die über ein sehr großes Lernvermögen verfügt und die es daher geschafft hat, sich überall auf der Erde einzurichten, sich "die Erde untertan zu machen", um uns mal auf ein von uns ansonsten kaum zitiertes Buch zu berufen.

Wäre es tatsächlich so, daß uns Europäern (Germanen ?, Ariern ?) die Intelligenz zu 80% angeboren wäre und den "Arabern" nur zu 50%, dann würde das bedeuten, daß uns die "Araber" im angeblichen Kampf ums Dasein haushoch überlegen wären...

Genauere Untersuchungen darüber, in welchem Ausmaß die Fähigkeiten des Menschen angeboren oder erworben sind, gibt es nicht. Solche Untersuchungen sind auch schwer anzustellen. Um sichere Angaben machen zu können, müßte man Versu-

che mit mehreren, sicherlich mit mindestens fünf Generationen machen. Eine Generation umfaßt etwa 30 Lebensjahre, das wäre also ein Zeitraum von etwa 150 Jahren. So lange lebt kein Wissenschaftler, und fünf Menschengenerationen so lange in Versuchsgefangenschaft zu halten, widerspricht sogar der kapitalistischen Ethik.

Man ist also auf indirekte Auswertungen angewiesen; die derzeit bei Wissenschaftlern vorherrschende Meinung ist, daß etwa 50 Prozent der menschlichen Fähigkeiten ihm angeboren sind und etwa 50 Prozent im Laufe des Lebens erworben, d.h. gelernt werden. Angeboren ist dem Menschendabei die Fähigkeit des **Lernens**. Das geht natürlich in der Jugend besser als im Alter.

Eine weitere Fähigkeit des Menschen ist die Denkfähigkeit (also nicht die Intelligenz!). Sie muß erlernt und dauernd geübt werden, das passiert z.B. in der Schule. Das Ergebnis der erfolgreich gelernten und geübten Denkfähigkeit (Denksportaufgaben!) wäre dann die Intelligenz. Da weiß dann auch jeder, daß sie nicht von den Eltern auf die Kinder vererbt wird, sonst bräuchten die ja nicht zur Schule zu gehen und bräuchten Goethes "Zauberlehrling" nicht selbst interpretieren zu lernen, denn das hat Pappi ja schon "damals" gelernt...

Seit dem Aufkommen der Naturwissenschaften mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts wurde immer wieder versucht, ihre Forschungsergebnisse in Richtung "Natürlichkeit des Kapitalismus" hinzubiegen. So wurden die Forschungsergebnisse Darwins zum Sozialdarwinismus mißbraucht, so wurden die Ergebnisse der Genetik (Vererbungslehre) von Rassisten mißbraucht, die Verhaltensforschung für einen angeblich existierenden "Aggressionstrieb" herangezogen - dafür gab's sogar den Nobelpreis; das sind nur einige Beispiele aus der Biologie - Beispiele aus der Physik bzw. Chemie kennt jeder Arbeiter, der an einer Maschine steht.

Typisch für die bürgerliche Wissenschaft ist auch, daß Unterschiede und erst Recht Mißstände in der menschlichen Gesellschaft "naturwissenschaftlich" erklärt werden. Angebliche Juden-, Araber- oder Basken-Gene passen da genau hinein. Gehen wir doch zum Spaß mal darauf ein: auf welchem der 23 Chromosomen des Menschen liegen denn

diese Gene? Wie ist ihre Basen-Sequenz? Was kommt dabei heraus, wenn man (Entschuldigung!) einen Araber mit einem Juden kreuzt? Stirbt der Foetus vielleicht im Mutterleib ab, weil die Gene sich nicht miteinander vertragen? (Dann wäre der Konflikt zwischen Zionisten und Arabern ja durch die Natur erblich bedingt und alle möglichen Friedensnobelpreisträger müßten ihre Preise zurückgeben!) Handelt es sich dabei um einen intermediären Erbgang oder um einen dominant-rezessiven? Kommt dabei vielleicht ein Sarrazene heraus?

Wir haben beschlossen, uns für diese Entgleisung zu schämen, und versuchen, ernsthaft weiter zu machen...

Die Vererbungslehre hat ihren eigentlichen Beginn im Jahre 1900. Gregor Mendel veröffentlichte zwar seine Forschungsergebnisse schon um 1865, doch sie wurden nicht beachtet. 35 Jahre später fanden drei Biologen aus den Niederlanden, Deutschland und Österreich unabhängig voneinander dieselben Zusammenhänge wieder heraus - und diesmal gingen sie nicht unter. Sie sind danach Mendel zu Ehren als "Mendelsche Regeln" bezeichnet worden.

Mit Aufkommen der Genetik versuchten von der bürgerlichen Ideologie beeinflusste "Wissenschaftler" immer wieder, Aspekte der menschlichen (jetzt kapitalistischen) Gesellschaft biologisch bzw. genetisch zu erklären.

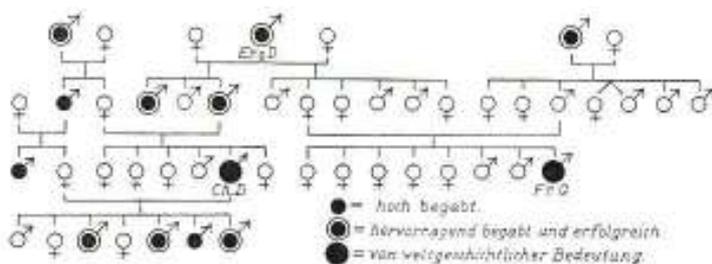


Fig. 206.

Die Familien Darwin, Galton und Wedgewood.

Als Beispiel bringen wir den Stammbaum von Charles Darwin (siehe Fig. 206). In ihm sind enthalten auch die Mitglieder der Familien Galton und Wedgewood; in ihm sind hervorgehoben die Personen, die von großer Bedeutung für die Menschheit waren - und siehe an, alle sind männlich! Womit "bewiesen" wäre, daß Intelligenz erblich ist und über das Y-Chromosom vererbt wird, das nur bei Männern vorkommt... Diese Abbildung gab es u.a. in einem Nazi-Lehrbuch über die

Vererbung des Menschen, doch die Schlußfolgerung war sogar den Nazis zu gewagt: selbst sie räumten ein, daß Frauen in der Zeit, die der Stammbaum umfaßt, kaum Bildungs-Chancen hatten.

Beliebt ist aber auch die Behauptung, Kriminalität (bzw. Verstoß gegen die bürgerlichen Gesetze) sei erblich. Dazu wurden allerlei Stammbäume erstellt für Straftäter, in deren Verwandtschaft es weitere Straftäter gab - und die für gewöhnlich unter denselben gesellschaftlichen Verhältnissen lebten. Dabei gab es durchaus Schwierigkeiten; so mußte in einen "Kriminellen"-Stammbaum, damit er hinlängte, ein "sonderbarer Charakter" eingebaut werden, dessen kriminelle Betätigung darin bestand, daß er Taler heiß machte, aus dem Fenster warf und sich daran erfreute, daß Leute sich die Finger verbrannten... (1)

Die "Erblichkeit der Kriminalität" wurde allerdings mit dem Sturz der Nazis nicht zu Grabe getragen. In der Zeit, als die deutschen Studenten unter dem Motto "Unter den Talaren der Mief von 1000 Jahren" kämpften, entdeckten "Wissenschaftler den schon erwähnten "Aggressionstrieb" und das "Mörder-Chromosom" als Ursache für die gewalttätigen Auseinandersetzungen und dafür, daß eine Reihe von Männern zu Gewalttätern wurde. "Macht das Mörder-Chromosom einen Mann zum Mörder?" fragte 1967 die FAZ - etwa ein Jahr später mußte sie einräumen: "Das Mörder-Chromosom gibt es nicht." Nun kann man der FAZ zugute halten, daß sie keine wissenschaftliche Zeitung ist und hinter ihr nach eigener Aussage immer nur ein kluger Kopf steckt, doch entsprechende Überlegungen gab es auch in wissenschaftlichen Artikeln. So wurde z. B. behauptet: "Männer des XYY-Typs leiden an einer krankhaften sexuellen Triebstärke". (2) Mit dem "Mörder-Chromosom" war also ein überzähliges Y-Chromosom gemeint, das manchmal durch eine Panne bei der Chromosomenverteilung auftritt; ein Mann hat normalerweise nur ein Y-Chromosom.

Ein weiteres Beispiel: während des Dritten Reiches gab es in der Dia-Reihe "Die Vererbung des Menschen" (3) der Fachschaft Biologie ein Dia über die angeblich erbliche Ursache für guten und schlechten Schulleistungen bei Akademikern, Kaufleuten, Handwerkern und Fabrikarbeitern (s. Abb. 1); Schüler, denen man heute dieses Dia

Kinder von	Note Iu.II	Note III	Note IV	Note V
Akademikern (103)	50	45	5	—
Kaufleuten (582)	26	53	20	1
Handwerkern (4950)	14	41	43	2
Fabrikarbeitern (6919)	12	33	52	3

Abb.1

im Biologie-Unterricht zeigte, wiesen darauf hin, daß in ihrem SoWi-Buch auch so eine Abbildung sei. Kommentar: da gehört sie auch hin, aber nicht in die Biologie. Dem Dia liegen übrigens die Zahlen aus einem Lehrbuch aus dem 3. Reich zugrunde, in dem "Tagelöhner und Knechte" noch schlechter abschnitten als die Fabrikarbeiter (4). Die biologische Erklärung von Schulleistungen ist aber nicht typisch für die Nazis, es gab sie schon früher, und es gibt sie heute immer noch.

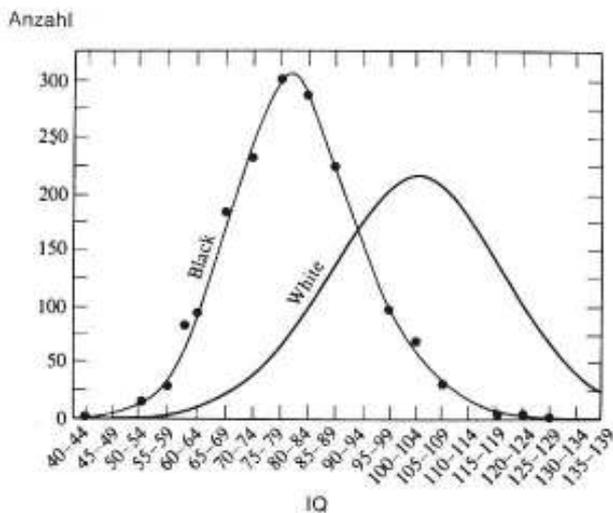


Abb. 2

In den USA versuchten z.B. 1963 "Wissenschaftler" nachzuweisen, daß Schwarze von Natur aus einen geringeren Intelligenz-Quotienten (IQ) haben als Weiße (5) (s. Abb. 2). Diese Abbildung wird auch heute noch im Biologie-Unterricht den Schülerinnen und Schülern vorgelegt. Dabei brauchen auch Jugendliche aus der 9. Klasse (15-16jährige) höchstens zehn Minuten, um diesen "wissenschaftlichen Beweis" zu widerlegen: die Kurve der Weißen ist auffallend schön, sie fällt rechts genau so gleichmäßig ab, wie sie links an-

steigt; der Höhepunkt der Kurve fällt zusammen mit dem Mittelpunkt der Grundlinie - so soll es sein bei der "Glockenkurve" bzw. der "Gauß'schen Normalverteilung. Die Kurve ist schön - zu schön? Das können wir nicht beweisen, aber sehen wir uns unter diesen Gesichtspunkten die Kurve für die Schwarzen an: sie ist "huckelig", ihr Anstieg ist länger als ihr Abfall, ihr Höhepunkt fällt nicht mit dem Mittelpunkt der Grundlinie zusammen - hier können wir eindeutig **beweisen**: die Schwarzen wurden bei dieser Untersuchung nicht repräsentativ erfaßt. Trotzdem wurde uns das Ganze als angeblich wissenschaftliches Ergebnis vorgelegt - man merkt die Absicht und man ist verstimmt...

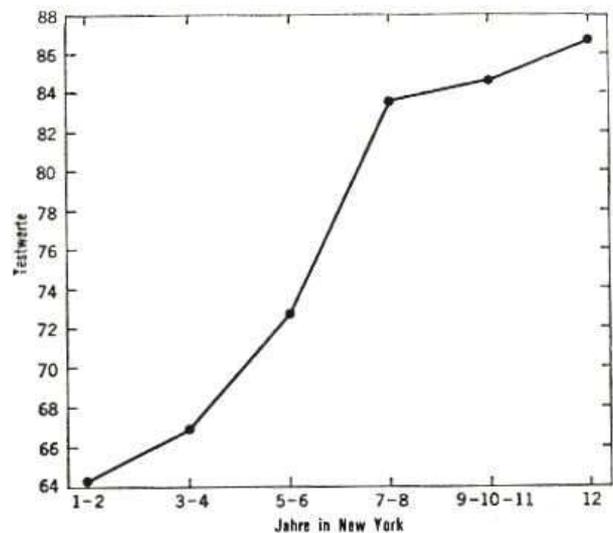


Abb. 3

Schon 1935 wurden an zwölfjährigen schwarzen Schülern in New York Untersuchungen darüber durchgeführt, ob es einen Zusammenhang gibt zwischen der Höhe des Intelligenzquotienten und der Lebensdauer in der Großstadt (6) (s. Abb. 3). Das Ergebnis ist eindeutig: je länger die Jugendlichen in der Großstadt lebten, desto höher war ihr IQ - insgesamt ergab sich ein Unterschied von 23 Punkten. Zählt man diese 23 Punkte dem Höhepunkt der Schwarzen-Kurve in Abb. 2 hinzu, so kommt man dort zu demselben Höhepunkt wie bei den Weißen: IQ 100.

Wir möchten noch auf einen weiteren Punkt eingehen: wie kann man Intelligenz überhaupt messen? Für gewöhnlich werden dazu sog. Intelligenz-Tests durchgeführt. Sie bestehen aus Aufgaben unterschiedlicher Art, z.B. der Beurteilung räumlicher Darstellungen, der Bearbeitung

zunehmend schwerer werdende Zahlenfolgen wie im folgenden Beispiel:

Aufgabe: wie lauten jeweils die 3 nächsten Zahlen?

- a) 1, 2, 3, 4, 5, __, __, __
- b) 1,2,4,8,16, __, __, __
- c) 1,2,3,5,7,11, __, __, __
- d) 1,2,4,7,11, __, __, __
- e) 1,2,4,5,10,11, __, __, __

(Lösung und evtl. notwendige Begründung s.u.)

Man bekommt für jede Art Aufgabe eine bestimmte Zeit und schafft in dieser Zeit zum Beispiel die obigen Teilaufgaben a bis c - dafür erhält man dann eine vorher festgelegte Punktzahl; jemand, der es in dieser Zeit bis Teilaufgabe e geschafft hat, erhält natürlich mehr Punkte. Die Punktzahl, die ein durchschnittlicher Mensch erreicht, ist der IQ von 100 - oh Wunder, die Weissenkurve in Abb. 2 bestätigt das.

An dieser Art von Intelligenztests gibt es seit langem Kritik. Die Wissenschaftler Frau Dr. W. Putz-Osterloh und Herr Prof. Gerd Lüer Psychologischen Institut der Technischen Hochschule Aachen wiesen schon vor rund 30 Jahren darauf hin, daß bei solchen Aufgaben die Lösung in dem Aufgabenmaterial enthalten ist und nur unterschiedlich schwer zu finden ist. Das belegen auch unsere obigen Zahlen-Aufgaben. Rückschlüsse über die Intelligenz lasse das nur bedingt zu; sie sprachen dann auch nicht von Intelligenzquotienten, sondern von Intelligenztestleistungen. Sie wiesen außerdem auf einen weiteren wichtigen Aspekt hin, der bei der Lösung eines Problems mithilft: die Fähigkeit, betroffen zu sein.

Der sog. IQ läßt also allenfalls Rückschlüsse darüber zu, wie gut sich ein Mensch in einer unterschiedlich gut zu überschauenden Situation zurecht findet, in der alle nötigen Informationen enthalten sind. Man sollte daher vielleicht besser von Orientierungs-Quotienten reden...

Das erklärt auch die IQ-Zunahme nach dem Umzug vom Dorf in die Großstadt: auf dem Land gibt es nur ein paar Häuser, eine Straße, zwei Feldwege, drei Autos und eine Bushaltstelle. In der Stadt steht der neu Zugezogene dann plötzlich zahlreichen Straßen gegenüber, tausenden Autos, Bussen, Straßenbahnen, U-Bahnen usw., sein Orien-

tierungsvermögen, bisher kaum gefordert, wird hier ganz erheblich nicht nur gefordert, sondern auch gefördert, wie man an den erhöhten IQ-Werten sieht. Aber: es ist eben nur die Orientierung, und weniger die Intelligenz...

Zum Abschluß ein bekanntes Beispiel aus dem Tierreich: ein Schimpanse befindet sich allein in einem großen Raum; am Boden liegen verstreut einige leere Holzkisten herum, an der Decke hängt unerreichbar ein Bündel Bananen...

Die Lösung des Problems ist hier nicht vorgegeben; der Affe reckt sich, stellt sich auf die Zehenspitzen, springt hoch - alles vergebens. Es ist bewiesenermaßen aber nur eine Frage der Zeit, bis er eine der Kisten heranzieht und sich darauf stellt; reicht das immer noch nicht, so holt er sich eine zweite Kiste... Schließlich erreicht er dann auch die Bananen. Er hat eine Intelligenzleistung vollbracht, was man bei den Testpersonen eines sog. Intelligenztests zumindest nicht unbedingt sagen kann.

(Lösung zur oben gestellten Intelligenztest-Aufgabe:

- a) 6,7,8
- b) 32,64,128 (Zahl verdoppeln)
- c) 13,17,19 (Primzahlen)
- d) 16,22,29 (Differenz jeweils um 1 größer)
- e) 22,23,46 (plus 1, mal 2, plus 1...)

Quellenangaben:

- 1: Fetscher, Dr. med. R.: Abriß der Erbbiologie und Eugenik, p. 75; Verlag Otto Salle, Berlin 1927
- 2: Linder, Hermann: Biologie, p. 283; J.B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung Stuttgart, 17. Auflage, 1971
- 3: "Die Vererbung beim Menschen", Bild 77: Schulleistungen und Berufsgruppe der Eltern, Phywe AG Göttingen
- 4: Siemens, Dr. Hermann Werner: Grundzüge der Vererbungslehre - Rassenhygiene und Bevölkerungspolitik, Abb 73, p. 121; I.F. Lehmanns Verlag, München/Berlin 1937
- 5: nach Kennedy et al. 1963, aus: Kattmann, Ulrich (Hrsg.): Rassen - Bilder vom Menschen, p. 58, Jugenddiets Verlag Wuppertal, 1973
- 6: nach Klineberg 1935, aus: Kattmann, Ulrich (Hrsg.), a.a.O. p. 60

Aus unserem Vertrieb:



Die oben abgebildeten Musiksammlungen, Reden und Texte sind als CD erhältlich. Jede **Einzel-CD** kostets **5 €**, jede **Doppel-CD** **8 €**, die DVD "Aus dem Alltag im sozialistischen Albanien" **3 €**, jeweils einschließlich Porto.

Außerdem als CD erhältlich:

* **Dokumente von Enver Hoxha und Josef Stalin**

Reden von Ernst Aust auf CD:

(Privatmitschnitte mit Klangmängeln)

* = neu im Angebot

1976: **Rede auf dem 3. Parteitag der KPD/ML**

1979: **"Sozialismus in der Krise?"**

1979: **Von Stalin lernen heißt siegen lernen (Doppel-CD)**

1980: **Zum Antikriegstag ***

1981: **Deutschland darf kein Schlachtfeld werden (Friedensplan der KPD/ML, Doppel-CD) ***

1982: **Das wahre Gesicht des realen Sozialismus ***

1982: **Gegen Sozialabbau und Rüstungswahn (zum 1. Mai) ***

1982: **15 Jahre Roter Morgen**

Preis: **5 €**, Doppel-CD **8 €**/ alle **8 Reden für 25 €**

Als Broschüre für jeweils 2 € erhältlich sind:

* **Waltraud Aust:** Der 17. Juni 1953 aus der Sicht einer Kommunistin

* **Herbert Polifka:** Wie die DDR zur BRD kam
Sozialistische Albanische Hefte 1/2004, 2/2006, 3/2009

Ernst Aust: Die Jugend wird den Kampf entscheiden
(Auszüge aus der Rede 1975)

Aktuell: Zionismus - Todfeind der Völker

Aktuell: Der Intellektualismus und dessen Verhältnis zur proletarischen Partei und Revolution

Kampf für die Befreiung der Frau

Bestellungen bitte an:

H. Polifka, Postfach 35 11 02

39034 Magdeburg

Bankverbindung: **Commerzbank Marl, K-Nr.: 613145200**

BLZ 360 400 39, Kennwort GEWISO

(Aufgrund schlechter Erfahrungen mit "Genossen" erfolgt die Lieferung nach Eingang der Zahlung)

Wieder aufgelegt:

KPD/ML: Die Wahrheit über Stalin (Broschüre, 3 €)

Neu: 1968-2008 - 40 Jahre KPD/ML bzw. KPD Preis: **4 €** incl. Porto

Wer ist die KPD/ML ?

Die KPD/ML wurde zu Silvester 1968 unter Führung von Genossen Ernst Aust im Kampf gegen den Revisionismus gegründet. Nach dem Verrat der Führung der illegalen KPD reorganisierte Ernst Aust die Partei auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus und stellte sie wieder in die Tradition der von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Ernst Thälmann gegründeten bzw. aufgebauten KPD. Unter der Führung von Ernst Aust wuchs die Partei und gewann vor allem in den Großbetrieben Westdeutschlands beträchtlichen Einfluß. Ernst war auch maßgeblich beteiligt an der Erstellung des Programms der Partei auf kommunistischer und revolutionärer Grundlage. Unter Genossen Ernst Aust wurden auch die Sektionen der KPD/ML in Westberlin und in der DDR gegründet, hier in strengster Illegalität. Trotzdem gelang es dem Stasi, eine Anzahl von Spitzeln in die KPD/ML (Sektion DDR) einzuschleusen und eine Reihe Genossen jahrelang in Haft zu nehmen, weil sie gegen den Verrat der SED am Kommunismus kämpften. Ende der 70er Jahre befreite sich die KPD/ML dabei von den maoistischen Kinderkrankheiten. Anfang der 80er gelang es einer Gruppe von neusozialdemokratischen Karrieristen - vor allem Studenten, die in die Betriebe gegangen waren und aufgrund ihrer Beredsamkeit jetzt dort Karriere machten - die Partei zum großen Teil zu liquidieren. Der Wiederaufbau war dadurch objektiv sehr schwierig, bis schließlich wieder ein fester kommunistischer Kern geschmiedet war. Erschwert wurde die Arbeit auch dadurch, daß

in dieser kritischen Phase Genosse Ernst Aust verstarb.

Die KPD/ML ist eine Partei der Arbeiterklasse, sie stützt sich auf die praktischen Erfahrungen und die wissenschaftlichen Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und Stalin.

Sie tritt für eine Gesellschaft ein, in der die Arbeiterklasse und alle Lohnabhängigen ihre Arbeitskraft nicht länger als Lohnsklaven an die Kapitalisten verkaufen müssen, sondern als freie Mitglieder der Gesellschaft die Produktion und ihr Leben selbst gestalten können.

Um zu dieser klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu gelangen, muß die Diktatur der Bourgeoisie gestürzt werden. Die KPD/ML unterstützt alles - auch jede Reform - was diesem Ziel dient.

Dazu ist die Einheit der Arbeiterklasse, der deutschen und der ausländischen Arbeiter, die Loslösung von den reformistischen politischen und gewerkschaftlichen Führern notwendig.

Dringend muß die Einheit der Marxisten-Leninisten und aller Revolutionäre gefördert werden. Die KPD/ML beteiligt sich an allen Aktionseinheiten, theoretischen Diskussionsforen, internationalen Beziehungen, die dem Interesse der Arbeiterklasse und dem Kommunismus dienen.

Der Reformismus hat durch die Kapitalentwicklung immer weniger Spielräume. Der Aufbau einer revolutionären Alternative in Deutschland ist dringender denn je.

* * *

“Die Diktatur des Proletariats aber, d.h. die Organisierung der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse, um die Unterdrücker niederzuhalten, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie ergeben. *Zugleich* mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der *zum ersten mal* ein Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht ein Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten. Diese müssen wir niederhalten, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden, und es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt.” (W.I. Lenin)